

Vom Vermögenscharakter des Geldes

Von Wilfried Fuhrmann, Kiel*

I. Einführung

Vermögenseffekte werden mit steigender Selbstverständlichkeit im Rahmen makroökonomischer Analysen berücksichtigt. Dabei setzt jede Betonung des Realkasseneffektes als Vermögenseffekt den gesamtwirtschaftlichen Vermögenscharakter des Geldes voraus. Die Diskussion dieses gesamtwirtschaftlichen Vermögenscharakters des Geldes war lange Zeit geprägt durch die auf Gurley und Shaw¹ zurückgehende Unterscheidung zwischen sog. Aussen- und Innengeld und entsprach vorwiegend einer definitions- bzw. bilanzorientierten Betrachtung des Geldes als eine Forderung, der eine Schuld gegenübersteht. Nur infolge der Nichtexistenz eines Realverschuldungseffektes beim staatlichen Sektor wurde der Vermögenscharakter (und zwar ausschliesslich) dem Aussengeld zuerkannt². Erst im Anschluss an die mehr ökonomisch ausgerichtete Argumentation besonders durch Pesek und Saving³ sowie Johnson⁴ hat sich die Fiskalillusion bzw. die Verzinsung als das Kriterium für den Vermögenscharakter des sog. Aussen- bzw. Innengeldes herauskristallisiert.

In diesen Untersuchungen wird der Vermögenscharakter in zwei Schritten analysiert. Zunächst wird komparativ-statisch der Austausch des Warengeldes durch Kreditgeld und dann anschliessend in dem so «geschaffenen» Kreditgeldsystem eine Geldmengenexpansion unter Verwendung der Konkurrenzhypothese über die Verhaltensweise der Banken betrachtet.

Stellen Bequemlichkeit, Liquiditätssicherheit usw. die nichtpekuniären Erträge der Geldhaltung dar und erhöht eine steigende Realkassenhaltung den Nutzen mit abnehmender Rate, so herrscht bekanntlich dann Gleichgewicht, wenn der

* Für kritische Hinweise danke ich besonders Professor Dr. H. G. Bieri und Professor Dr. J. Rohwedder.

¹ Vgl. J. G. Gurley und E. S. Shaw, *Money in a Theory of Finance*, Washington (D. C.) 1960.

² Vgl. u. a. D. Patinkin, *Money, Interest and Prices*, 2nd ed., New York u. a. O. 1965; *ders.*, *Money and Wealth: A Review Article*, in: *The Journal of Economic Literature*, Vol. 7, 1969, S. 1140–1160.

³ Vgl. B. P. Pesek, T. R. Saving, *Money, Wealth and Economic Theory*, New York, London 1967.

⁴ Vgl. H. G. Johnson, *Inside Money, Outside Money, Income, Wealth and Welfare in Monetary Theory*, in: *The Journal of Money, Credit and Banking*, Vol. 1, 1969, S. 30–45; *ders.*, *Pesek and Saving's Theory of Money and Wealth, A Comment*, in: ebenda.

Grenzertrag der letzten Einheit «Geldhaltung» gerade gleich dem in der Volkswirtschaft herrschenden – und zur Vereinfachung als konstant und unabhängig vom Sachkapitaleinsatz sowie dem herrschenden Geldsystem unterstellten – Zinssatz r auf Realkapital ist.

Wird nach dem Währungstausch nun die Verzinsung des Kreditgeldes eingeführt, so wird gezeigt, dass bei einer Verzinsung der realen Geldhaltung in Höhe des realen Ertragsatzes r im neuen Gleichgewicht die nichtpekuniären Erträge der Geldhaltung ebenso wie die Gewinne der Banken gerade gleich Null sind und dass die Sättigungsmenge erreicht wird⁵. Der Vermögenszuwachs sinkt während dieses Prozesses der Geldmengenexpansion mit steigendem Zinssatz auf die Geldhaltung.

In der folgenden Analyse soll nun gezeigt werden, dass im Anschluss an einen durch ökonomische Verhaltensweisen explizit spezifizierten Umtausch allerdings die Sättigungsmenge ebensowenig stets durch den Konkurrenzmechanismus erreicht wird, wie der Vermögenscharakter des Innengeldes mit steigendem Depositenzinssatz nicht generell sinkt. Als für die Ergebnisse entscheidend werden sich die in der Analyse zugrunde gelegten nominalen und – bei einer als Zielsetzung unterstellten Preisniveaustabilität – damit die realen Umtauschrelationen zwischen den Geldformen erweisen.

II. Zum Diskussionsstand

Die Analyse des Überganges vom Warengeldsystem zur Kreditgeldwirtschaft erfolgt entweder zu einem System mit sog. Aussengeld oder zu einem mit sog. Innengeld.

Bei einem Tausch des aus Sachaktiva «bestehenden» Warengeldes gegen sog. Aussengeld glauben die privaten Wirtschaftssubjekte möglicherweise keinen Vermögenszuwachs zu erhalten – obwohl der Staat alle mit den erworbenen Sachaktiva erwirtschafteten Erträge z.B. via Transferleistungen oder Steuersenkungen dem privaten Sektor wieder zuführt. In diesem Falle unterliegen die privaten Wirtschaftssubjekte dann der sog. Fiskalillusion; sie ändern ihr Nachfrageverhalten nicht. Erklären lässt sich eine derartige Erscheinung u.a. dadurch, dass, obwohl den privaten Wirtschaftssubjekten die Gesamtheit der Erträge – und wir unterstellen kein «Fort-Knox-Verhalten» des Staates – zufließt, sie diese mit einer anderen als der Ertragsrate der im realen Sektor privatwirtschaftlich ein-

⁵ Vgl. zur Darstellung des Diskussionsstandes u. a. *E. M. Claassen, Probleme der Geldtheorie*, Berlin, Heidelberg, New York 1970.

gesetzten Sachaktiva abdiskontieren. Unterstellen wir im Rahmen einer Gleichgewichtsanalyse die Gleichheit der sozialen Rentabilität staatlicher und privater Investitionen, so kommen die staatlichen Transfers offenbar der Gesamtheit der privaten Wirtschaftssubjekte zugute, aber eine vollkommene einzelwirtschaftliche Zurechnung erfolgt nicht. Weisen nun bestimmte Investitionen z. B. zum Ausbau der Infrastruktur aus einzelwirtschaftlicher Sicht sog. externalities in Höhe eines Prozentsatzes k ($k > 0$) auf, so erfolgen sie nicht aus privatwirtschaftlicher Initiative heraus – sie müssen vom Staat durchgeführt werden. Entsprechend werden in der Vermögenskalkulation der privaten Wirtschaftssubjekte die staatlichen Leistungen nur in Höhe der direkt zufließenden Erträge wie im Falle einer privatwirtschaftlichen Ausführung, d. h. nur zu $(100 - k)\%$ berücksichtigt. Somit glauben sie, dass ihr Vermögen nur um $(100 - k)\%$ der Geldmenge gestiegen ist. Die nicht berücksichtigten Erträge («externality-illusion») gehen nicht in das privatwirtschaftliche (Nachfrage-)Kalkül ein⁶.

Erfolgt der Übergang vom Warengeld zum sog. Innengeld, d. h. findet zunächst ein Austausch des durch Sachaktiva gedeckten Warengeldes gegen Kreditgeld statt, so stellt der kapitalisierte Ertrag aus der Kreditgewährung der Banken bzw. aus dem Erwerb zinstragender privatwirtschaftlicher Forderungen bei eingeräumten nichtverzinnten Verbindlichkeiten (Sichtdepositen) seitens der (privaten) Banken den von diesen an die privaten Wirtschaftssubjekte transferierten Vermögensgewinn dar⁷. Der Vermögenszuwachs beim privaten (Banken- und Nicht-Banken-) Sektor auf Grund der Währungsumstellung entspricht in der Höhe der freigesetzten «Warengelddeckung» bzw. den im realen Sektor wieder eingesetzten Sachaktiva und damit dem vom (privaten) Bankensektor geschaffenen Giralgeldvolumen. Für die privaten Nichtbanken beträgt das Umtauschverhältnis zwischen dem Einkommensstrom aus der Warengeldhaltung und dem aus der Kreditgeldhaltung 1:1, so dass während dieser reinen «Währungsreform» bzw. Währungsumstellung somit unmittelbar einzig bei den Banken ein Gewinn entsteht. Dieser Gewinn wird nun anschliessend auf Grund des in der Literatur nach der Um-

⁶ Die Bezeichnung «externality-illusion» soll verdeutlichen, dass bei Externalitäten öffentlicher Güter jedes Wirtschaftssubjekt zwar Nutzen aus diesen staatlichen Aufwendungen zieht, so dass der Gesamtnutzen ein vielfaches ausmacht, aber dass dieses nicht unbedingt von den Wirtschaftssubjekten erkannt wird und es sich dann in ihrem Nachfrageverhalten in Form eines Vermögens-effektes auch nur zu $(100 - k)\%$ niederschlägt.

⁷ Dieser Transfer kann unterstellt werden für im Eigentum der privaten Wirtschaftssubjekte befindliche Banken. Befinden sich die Banken dagegen in der Hand des Staates, so muss nicht nur der Transfer (z. B. via Steuersenkung) unterstellt werden, sondern wiederum die Freiheit von «Fiskal-illusion», da anderenfalls bei bestehender Illusion ($k = 100\%$) trotz einer Verzinsung des Innengeldes von Null und trotz eines Transfers seitens des Staates die Einführung des Innengeldes infolge des Umtausches keinen (realisierten) Vermögenszuwachs bzw. -effekt bei den privaten Wirtschaftssubjekten bewirkt.

stellung «eingeführten» Wettbewerbspostulates durch die Zinszahlungen auf das bereits geschaffene Innengeld und das auf Grund der von den Banken zusätzlich wiederum bei einem direkten (d. h. unter Vernachlässigung der Transferzahlung als Folge der Währungsumstellung) Umtauschverhältnis von 1:1 erworbenen Sachaktiva geschöpften Innengeldes eingesetzt. Der Gewinn der Banken wird so wieder auf Null reduziert. Wie später noch gezeigt werden wird, beträgt das Umtauschverhältnis während dieses Prozesses aber nicht mehr 1:1, wenn die obenerwähnten Transfers berücksichtigt werden. Die sich letztlich einstellende Verzinsung des Giralgeldes mit dem Satz r lässt den Vermögenszuwachs als Folge der Änderung des Währungssystems (unter Vernachlässigung der Renten) auf Null sinken. Die Geldmenge expandiert in dieser Darstellung also bis zur Sättigungsmenge, d. h. bis zur sog. optimalen Geldmenge.

Entsprechend der Diskussion des gesamtwirtschaftlichen Vermögenscharakters des Geldes in der Literatur werden wir hier auch zwei Stadien des Systems betrachten – allerdings unter Beachtung von Annahmen über ökonomische Verhaltensweisen der Nichtbanken.

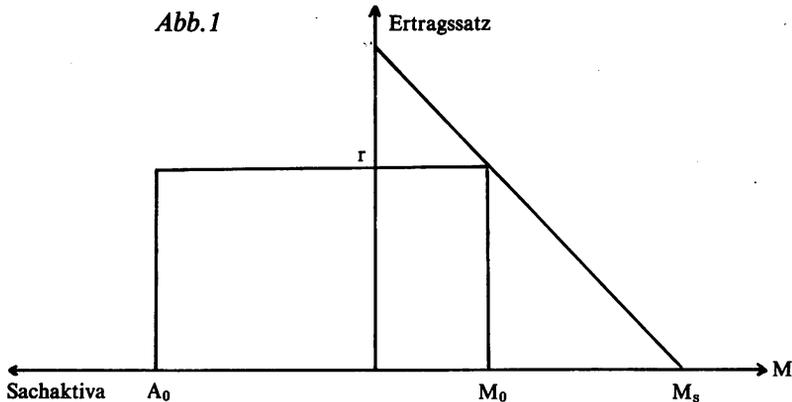
III. Alternative ökonomische Verhaltensmassnahmen zum Tausch Waren- gegen Kreditgeld

Das Vermögen der privaten Wirtschaftssubjekte steigt beim Austausch von Waren- gegen Kreditgeld im Verhältnis 1:1 «nur» um den diskontierten transferierten «Monopolgewinn» der Banken. Ungeklärt ist in dieser Analyse allerdings die für die privaten Nichtbanken bei der Währungsreform angenommene ökonomische Verhaltensweise. Sinnvoll lässt sich u. E. unterstellen, dass die privaten Nichtbanken

- a) den Vermögenszuwachs beim Übergang zu maximieren versuchen (Vermögensmaximierung) oder
- b) als «Optionsfixierer» den Gewinn der Banken beim Übergang auf Null zu drücken versuchen (Optionsfixiererverhalten)⁸.

⁸ Die Fälle erscheinen dann realistisch, wenn (z. B. im Fall a) die Banken den privaten Wirtschaftssubjekten gehören und diese den Transfer mit «einplanen» oder aber wenn (z. B. im Fall b) die Banken dem Staat gehören und dieser keine Transferzahlungen leistet («Fort-Knox-Verhalten»), oder aber wenn (ebenfalls im Fall b) bei Transferzahlungen seitens der staatlichen Banken die privaten Nichtbanken der Fiskalillusion unterliegen, oder aber wenn (ebenfalls im Fall b) den privaten Nichtbanken die Banken zwar selbst gehören, sie aber den Gewinntransfer auf Grund einer «Transferillusion» nicht berücksichtigen.

Bei unserer Analyse gehen wir wieder von der bekannten Graphik aus⁹:



Dabei stellen:

A_0 = den im Warengeldsystem eingesetzten Sachaktivabestand,

M_0 = die reale (Gleichgewichts-)Menge an Warengeld,

M_s = die Sättigungsmenge der realen Geldhaltung,

r = den realen Ertragssatz der Sachaktiva ($r = \bar{r}$)

dar. Das Gesamtvolumen der Sachaktiva beträgt $A = A_0 + M_0$.

Ad Fall a) (Vermögensmaximierung):

Der Einkommenszuwachs der privaten Wirtschaftssubjekte (ΔY) beim Übergang von Warengeldsystem zum Innengeldsystem lässt sich unter Beachtung des Gleichgewichts (Gleichheit der Grenzerträge) aus den Zinserträgen aus der Geldhaltung, den nichtpekuniären Erträgen der Geldhaltung, den Einnahmeausfällen auf Grund der verkauften Sachaktiva sowie des Warengeldes und schliesslich den erhaltenen Transferzahlungen ermitteln.

Es bezeichnen:

ΔA = die absolute Veränderung der realen Geldmenge bzw. der realen Sachaktiva im Besitz der privaten Nichtbanken nach dem Übergang zum Kreditgeldsystem ($\Delta A = M - M_0$)¹⁰,

⁹ In dieser bekannten Darstellung wird der «Produktionsfaktor Arbeit» ebenso vernachlässigt wie z.B. die Variation des realen Ertragssatzes r infolge gesunkener Informations-, Such- und Transaktionskosten nach der Währungsumstellung. Vgl. K. Bunner, A.H. Meltzer, The Uses of Money in the Theory of an Exchange Economy, in: American Economic Review, Vol. 61, 1971, S. 784–805.

¹⁰ Die Nichtbanken «verkaufen» den Banken nicht nur das reale Warengeld – welches von diesen über die Kreditgewährung wieder als reales Sachaktivism eingesetzt wird –, sondern auch einen (noch zu determinierenden) Teil (ΔA) ihrer Sachaktiva A_0 .

M = die reale Innengeldmenge,
 r_M = den realen Zinssatz auf Innengeld,
 r_{NP} = die nichtpekuniären Erträge der realen Geldhaltung ($r_{NP} = r - r_M$).

Der Einkommenszuwachs des privaten Sektors auf Grund der reinen «Währungsumstellung» ist folglich¹¹:

$$\Delta Y = r_M M + (r - r_M) M - r \Delta A - r M_0 + (r - r_M) M \quad (1)$$

bzw.

$$\Delta Y = (r - r_M) M. \quad (1a)$$

Der Vermögenszuwachs (ΔV) beträgt entsprechend:

$$\Delta V = \left(1 - \frac{r_M}{r}\right) M. \quad (1b)$$

Der maximale Vermögenszuwachs ergibt sich, wenn die aus der gleich Null gesetzten ersten Ableitung von Gleichung (1 b)

$$\frac{d(\Delta V)}{dr_M} = \frac{dM}{dr_M} - \frac{r_M}{r} \frac{dM}{dr_M} - \frac{M}{r} \quad (2)$$

sich ergebende Bedingung:

$$\eta_{M_a, r_{M_a}} \left(\frac{r}{r_{M_a}} - 1 \right) = 1 \quad (3a)$$

erfüllt ist. Dabei stellt $\eta_{M_a, r_{M_a}}$ die Elastizität der nachgefragten realen Geldhaltung bezüglich des realen Zinssatzes auf Innengeld im Gleichgewicht dar¹². Der Vermögenszuwachs (und damit auch der Einkommenszuwachs) der privaten Nichtbanken ist folglich dann maximal, wenn die Banken auf Sichtdepositen einen Zinssatz zahlen, und zwar in der Höhe, der die Bedingung erfüllt:

$$r_{M_a} = r / (\eta_{r_{M_a}, M_a} + 1) \quad \text{bei} \quad r > r_{M_a} > 0. \quad (3b)$$

Die gleichgewichtige reale Innengeldmenge der Währungsreform beträgt dabei:

$$M_a = \frac{dM_a}{dr_{M_a}} (r - r_{M_a}). \quad (3c)$$

Die Vermögenswirksamkeit des Innengeldes ist somit bei einem positiven Zinssatz auf die Geldhaltung maximal. Das Vermögen steigt damit in einem von der

¹¹ Ein Index a (b) kennzeichnet den ermittelten Vermögenszuwachs, Depositenzinssatz und die Innengeldmenge im Falle a (b).

¹² Die Liquiditätspräferenz bezüglich des realen Innengeldzinssatzes entspricht der mit (-1) multiplizierten Liquiditätspräferenz bezüglich der nichtpekuniären Erträge.

Zinselastizität der Geldnachfrage und dem Zinssatz auf Sachaktiva r abhängigen Bereich beim Übergang zu einer positiven Verzinsung des Innengeldes¹³.

Ad Fall b) (Optionsfixiererverhalten):

Zur Ermittlung des Einkommenszuwachses im Falle eines Optionsfixiererverhaltens der privaten Nichtbanken unterstellen wir eine lineare Geldnachfragefunktion der Form¹⁴:

$$r_{NP} = -aM + b \quad a, b > 0. \quad (4)$$

Der Einkommenszuwachs ergibt sich dann aus der Bedingung für einen Gewinn G von Null der Banken. In diesem Fall der Währungsumstellung wird nur die reale Warengeldmenge M_0 getauscht, so dass definitionsgemäss gilt:

$$G = rM_0 - r_M M \quad (5a)$$

bzw.¹⁵

$$xrM_0 = (r + aM - b)M. \quad (5b)$$

Bei gegebenen Werten für a , b , r , x sowie M_0 ($M_0 = (b-r)/a$) erfüllt nur ein positiver Wert von M diese Gleichung. Die reale Kreditgeldmenge beträgt:

$$M_b = \frac{M_0}{2} + \frac{M_0}{2} \sqrt{1 + \frac{4xr}{b-r}} \quad (6a)$$

bzw.¹⁶

$$M_b = \frac{M_0}{2} + \frac{M_0}{2} \sqrt{1 + 4x\eta_{M, r_M}^{M_0}}. \quad (6b)$$

¹³ Missverständlich ist die allgemein benutzte Erklärung u. a. der in der Literatur ebenfalls üblicherweise abgeleiteten Gleichung (1b) in den Extremsituationen dergestalt, dass für $r_M = 0$ der Vermögenszuwachs M_1 und für $r_M = r$ der Vermögenszuwachs Null ist. Diese Erklärung führt eben leicht zu der Interpretation, dass ein (von Null) steigender Zinssatz r_M den Vermögenszuwachs stets senkt. Dieses ist aber offensichtlich falsch.

¹⁴ Diese Annahme zur Form entspricht der in der Literatur verwendeten Graphik. Die Benutzung einer expliziten Funktion ist hier sinnvoll, da die Optimierung bei einer Nebenbedingung erfolgt.

¹⁵ Verhalten sich die Banken als Optionsfixierer, so entspricht ihr Gewinn dem maximal möglichen auf Grund des Austausches, d. h.: $G = rM_0$. Aus Gleichung (5a) wird dann unter Verwendung von Gleichung (4): $0 = (r + aM - b)M$. Allgemein gilt $r_M M = (rM_0 - G)$. Da G zwischen 0 und rM_0 liegt, können wir auch schreiben: $r_M M = xrM_0$ für $0 \leq x \leq 1$. Bei $x = 0$ erhalten die Banken und bei $x = 1$ erhalten die privaten Nichtbanken den vollen Gewinn. Die Variation von x bedeutet somit eine Variation der Verhaltensannahmen beider Tauschpartner zwischen den Extremen Optionsfixierer: Optionsempfänger. Die Analyse gilt entsprechend für jedes «Verhaltensmuster» beim Austausch unter Vernachlässigung der Transfers.

¹⁶ $\eta_{M, r_M}^{M_0}$ gibt die Elastizität der Geldnachfrage in bezug auf den Zinssatz auf Geld an der Stelle

$$M_0 \text{ an } \left(\eta_{M, r_M}^{M_0} = \frac{dM}{dr} \frac{r}{M_0} \right).$$

Unter der Bedingung $r < b$ ist somit $M_b > M_0$ und damit notwendigerweise $r > r_{Mb} > 0$ ¹⁷. Die privaten Nichtbanken tauschen somit in der Währungsumstellung PM_0 nominales Warengeld gegen nominales Innengeld PM_b , d.h. in einem anderen Verhältnis als 1:1, um. Bei einem gegebenen Preisniveau P und einem realen Zinssatz r_{Mb} herrscht wieder Gleichgewicht, wobei die privaten Nichtbanken den gesamten Umtauschgewinn direkt erhalten¹⁸. Sie fragen genau soviel reale Kasse zusätzlich nach, bis die zur Gewährleistung des Gleichgewichts notwendigen realen Zinszahlungen seitens der Banken genau deren Erträge aus der Kreditgewährung auf Grund der als Sachaktiva eingesetzten Menge M_0 entsprechen. Das Vermögen der privaten Nichtbanken steigt dabei um:

$$\Delta V_b = M_b - M_0 \quad (6c)$$

bzw.

$$\Delta V_b = \frac{M_0}{2} \left(\sqrt{1 + 4x\eta_{M, r_M}^{M_0}} - 1 \right). \quad (6d)$$

Graphische Darstellung der Fälle a) und b)

Die Fälle a) (Vermögensmaximierung) und b) (Optionsfixiererverhalten) lassen sich wie folgt graphisch darstellen; wobei die Abbildung 2 den Fall a) und die Abbildung 3 den Fall b) kennzeichnet.

In den Graphiken ist jeweils im I. Quadranten die Nachfrage nach realer Kasenhaltung in Abhängigkeit vom (pekuniären sowie nichtpekuniären) Ertragsatz der Geldhaltung dargestellt. Die Gleichgewichtssituation wird dabei durch die im II. Quadranten festgelegte Ertragsrate r des Realkapitals (Sachaktiva) gekennzeichnet. Der IV. Quadrant nun zeigt anhand von Hyperbeln für alternative nominale Geldmengen die möglichen Kombinationen von Preisniveau und realer Geldmenge.

Aus den Abbildungen lässt sich unmittelbar für ein (annahmegemäss) konstant gehaltenes Preisniveau die reale Geldhaltung ermitteln, die sich infolge der Währungsumstellung bei verschiedenen Verhaltensweisen der privaten Nichtbanken ergibt. In der Abbildung 3 ist beim Vergleich der die Einkommensströme dar-

¹⁷ Im Falle einer einfachen isoelastischen Geldnachfragefunktion der Form $r_{NP} = 1/M$ gilt z.B. $M = 2M_0$ bei $r_M = r/2$.

¹⁸ Mit sinkendem x , d.h. steigendem (sowie bei den Banken anfallendem) Gewinn nähert sich M an M_0 und r_M an 0 an. Die Literatur betrachtet somit genau die entgegengesetzte Verhaltensweise der privaten Nichtbanken (Optionsempfänger), d.h. die Situation, in der der Gewinn der Banken maximal ($x = 0$) und der der Nichtbanken gleich Null ist. Dabei wird aus Gleichung (6c) $\Delta V = 0$ und aus Gleichung (6b) $M = M_0$.

Da das Preisniveau durch die Umstellung nicht verändert werden soll ($dp = 0$), gilt auf Grund des definitorischen Zusammenhanges ($M^n =$ nominale Geldmenge)

$$M^n = PM \quad (7a)$$

die Beziehung zwischen der nominalen und realen Geldmengenvariation:

$$dM^n = PdM. \quad (7b)$$

Bei der Berechnung dieser Austauschverhältnisse wurden nur die getauschten Mengen an Waren, Geld und Sachaktiva sowie Kreditgeld in Relation gesetzt, um das in der Literatur betonte Austauschverhältnis für die privaten Nichtbanken in Höhe von 1:1 darzustellen. Da das Vermögen der privaten Nichtbanken nach der Währungsumstellung unter Beachtung der Transferzahlungen usw. in allen Fällen gestiegen ist, beträgt die (hier nicht dargestellte) Relation zwischen den Ertragsströmen beider «Systemzustände» in keinem Falle 1:1, sondern sie ist stets «günstiger» für die privaten Nichtbanken¹⁹.

V. Die Tauschverhältnisse bei einer Geldmengenexpansion nach dem «Systemübergang»

Wurde bisher der direkte Übergang von der Warengeld- zur Kreditgeldwirtschaft, d.h. die reine Währungsumstellung, analysiert, so sollen jetzt die Möglichkeiten und Auswirkungen einer Expansion der realen Geldmenge als Folge der Einführung eines vollkommenen Wettbewerbs zwischen den Banken betrachtet werden.

Nach der herrschenden Lehrbuchmeinung werden nach dem direkten Übergang die Banken bei der Einführung eines vollkommenen Wettbewerbs zwischen ihnen²⁰ die reale Geldmenge bis zur Sättigungsmenge M_s , d.h. um $(M_s - M_0)$, bzw. die nominale Geldmenge um $P(M_s - M_0)$ ausdehnen. In diesem Prozess der Geldmengenexpansion wird der gesamte «Umtauschgewinn» bei den Banken beseitigt. Die Nichtbanken müssen jetzt allerdings mit der Einführung der vollkommenen Konkurrenz auf die Transferzahlungen in Höhe von rM_0 verzichten. Sie tauschen folglich reale Einkommensströme nicht im Verhältnis 1:1, sondern einen Einkommensstrom von $r(M_s - M_0) + rM_0 = rM_s$ gegen einen von

¹⁹ Das Verhältnis ist stets < 1 , d.h. es ergibt sich allgemein ausgedrückt stets ein Verhältnis von $1:z > 1$ bei unterschiedlichen Werten von z in Abhängigkeit von der jeweils unterstellten Verhaltensweise.

²⁰ Diese Einführung erfolgt ohne Beachtung der unterstellten Verhaltensweise der Banken in der Währungsumstellung.

$r(M_s - M_0)$. Die Einführung der vollkommenen Konkurrenz bedeutet für die privaten Nichtbanken ein wesentlich «schlechteres»²¹ Tauschverhältnis als bei der Währungsumstellung selbst. Es beträgt:

$$1 < \left(1 + \frac{M_0}{M_s - M_0}\right):1.$$

Ad Fall a) (Vermögensmaximierung):

In dem hier analysierten Fall der Gewinnmaximierung seitens der privaten Nichtbanken beim direkten Tausch (Fall a), weisen die Banken einen realen Umtauschgewinn in Höhe von $(r - r_{Ma})M_a$, der – von den privaten Nichtbanken in ihrem Optimierungskalkül antizipiert – als Transfer an die privaten Nichtbanken weitergegeben wird, aus. Bei einem Verlust der Nichtbanken in Höhe dieser Transferzahlungen können die Banken die zur Expansion der realen Geldmenge notwendigen Zinszahlungen von $(r - r_{Ma})OM_aH$ (vgl. Abb.2) leisten. Die Einführung der vollkommenen Konkurrenz im Bankensektor (z. B. durch staatliche Massnahmen) erfordert somit auch hier die Realisation eines Verlustes seitens der privaten Nichtbanken und zwar unmittelbar in der Höhe von $(r - r_{Ma})M_a$ oder aber sie müssen, wenn die vollkommene Konkurrenz der Banken die Sättigungsmenge M_s erreichen soll, einen neuen realen Einkommensstrom von $r(M_s - M_a)$ gegen einen grösseren von der Höhe

$$(M_s - M_a)r + M_a(r - r_{Ma}) = r\left(M_s - \frac{r_{Ma}}{r}M_a\right)$$

eintauschen. Sie erleiden dann also durch die Einführung der vollkommenen Konkurrenz einen Einkommensverlust von

$$rM_a\left(1 - \frac{r_{Ma}}{r}\right).$$

Die privaten Nichtbanken tauschen dann also nicht mehr reale Sachaktiva gegen reales Innengeld mit der Rate 1:1 (unter Vernachlässigung der Transferzahlungen) bzw. mit der Rate von $1:\left(2 - \frac{r_{Ma}}{r}\right) > 1$ bei Vergleich der Einkommensströme, sondern mit der für sie wesentlich schlechteren Rate:

$$1 < \left(1 + \frac{M_a}{M_s - M_0}\left(1 - \frac{r_{Ma}}{r}\right)\right):1.$$

²¹ Bei diesen «Wertungen» bleiben die sich aus der Variation der Renten ergebenden Wohlfahrts-effekte unberücksichtigt.

Ad Fall b) (Optionsfixiererverhalten):

In dem hier analysierten Falle b) ($x = 1$) weisen die Banken keine «Umtauschgewinne» aus. Die Expansion der realen Geldmenge um $(M_s - M_b)$ erfordert aber eine Erhöhung des bestehenden realen Zinssatzes auf Innengeld (r_{Mb}) seitens der Banken. Für die Nichtbanken kann ein Verkauf von Sachaktiva gegen Realkasse nur so lange ökonomisch unterstellt werden, wenn sie dadurch (zumindest) keine Vermögens- bzw. Einkommensverluste erleiden. Sie werden nur ein reales Austauschverhältnis von 1:1 (oder besser) akzeptieren. Dann bewirkt eine Expansion der realen Geldmenge bis M_s bei den Banken allerdings einen realen Verlust in Höhe von $(r - r_{Mb})M_b$. Durch die Einführung der vollkommenen Konkurrenz kann somit offensichtlich die Sättigungsmenge nicht erreicht werden – und zwar ist es so lange nicht möglich, wie die «Kennziffer» für den Umtauschgewinn der Banken grösser als Null ist ($x > 0$), bzw. solange der gesamte Tauschgewinn nicht bei den Banken anfällt. Die Unmöglichkeit, die Sättigungsmenge über die vollkommene Konkurrenz nach einem Umtausch des realen Warengeldes M_0 zu erreichen, besteht somit nicht nur bei einem Optionsfixiererverhalten der privaten Nichtbanken. Sie kann erst bei einem Optionsfixiererverhalten der Banken erreicht werden.

Sowohl in den hier analysierten Fällen a) und b) als auch in dem in der Literatur dargestellten Modell mit Transferzahlungen der Banken an die Nichtbanken²² kann die Einführung der vollkommenen Konkurrenz nach dem Übergang zur Kreditgeldwirtschaft nur dann zur Sättigungsmenge führen, wenn die Nichtbanken gleichzeitig eine für sie wesentlich ungünstigere reale Austauschrelation akzeptieren²³.

Die Preisstabilität ist dabei in allen Fällen stets (wie z.T. in der Literatur diskutiert) durch verzinsliche Mindestreserve oder über die Unterstellung vollkommener Voraussicht seitens der Banken und Nichtbanken garantiert.

²² Diese Transferzahlungen sind zu betonen, da sie den Vermögenszuwachs der Währungsumstellung darstellen und somit für die Analyse des gesamtwirtschaftlichen Vermögenscharakters des Geldes entscheidend sind.

²³ Die Sättigungsmenge wird durch die Einführung der vollkommenen Konkurrenz bei einem jederzeitigen realen Tauschverhältnis von 1:1 nur dann erreicht, wenn die Nichtbanken beim direkten Übergang von der Warengeldwirtschaft einer «Transferillusion» unterliegen oder aber es ein staatliches Bankensystem beim Übergang ist (Aussengeld), der Staat keine Transferierung des Tauschgewinnes an die privaten Nichtbanken durchführt (bzw. die Nichtbanken vollkommen der «Fiskalillusion» unterliegen) und die staatlichen Banken sich anschliessend dann entsprechend dem Postulat der vollkommenen Konkurrenz verhalten.

VI. Schlussbemerkungen

- Die hier durchgeführte Analyse hat gezeigt, dass
- im Falle einer positiven Verzinsung des Innengeldes der Vermögenszuwachs bei den privaten Wirtschaftssubjekten im Übergangsstadium zur Kreditgeldwirtschaft nicht geringer sein muss als bei einer Verzinsung von Null, sondern dass er mit steigendem Zinssatz auf die Geldhaltung sogar wachsen kann;
 - bei dem in der Literatur dargestellten Wechsel des Geldsystems für den Tausch nur eine wenig sinnvolle Verhaltensannahme bezüglich der privaten Nichtbanken unterstellt wurde;
 - die Einführung der vollkommenen Konkurrenz in eine gerade etablierte Kreditgeldwirtschaft nicht zur Sättigungsmenge der realen Geldhaltung führen kann, wenn bei der Währungsumstellung nur die reale Warengeldmenge getauscht wird und solange die privaten Nichtbanken auch nur einen Teil des Tauschgewinnes direkt realisiert haben (dieses hängt von der unterstellten Verhaltensannahme beim Umtauschprozess ab);
 - die Einführung der vollkommenen Konkurrenz in eine gerade etablierte Kreditgeldwirtschaft – selbst wenn der Tauschgewinn vollständig bei den privaten Banken anfällt – «stets» nur dann zur Sättigungsmenge der realen Geldhaltung führt, wenn die privaten Nichtbanken gleichzeitig mit der Einführung der vollkommenen Konkurrenz – und damit ist es im Prinzip unabhängig von einer ökonomischen Analyse der Währungsumstellung – ein an den Einkommensströmen gemessen schlechteres reales Austauschverhältnis beim Verkauf von Sachaktiva an die Banken gegen reales Innengeld akzeptieren, als es bei dem direkten Übergang von einem Waren- zu einem Kreditgeldsystem galt.

Literatur

- Brunner, K., Meltzer, A.H.*: The Uses of Money in the Theory of an Exchange Economy, in: *American Economic Review*, Vol. 61, 1971, S. 784–805.
- Claassen, E.M.*: Probleme der Geldtheorie, Berlin, Heidelberg, New York 1970.
- Gurley, J.G., Shaw, E.S.*: Money in a Theory of Finance, Washington (D.C.) 1960.
- Johnson, H.G.*: Inside Money, Outside Money, Income, Wealth, and Welfare in Monetary Theory, in: *The Journal of Money, Credit and Banking*, Vol. 1, 1969, S. 30–45.
- *Pesek and Saving's Theory of Money and Wealth, A Comment*, in: ebenda.
- Patinkin, D.*: Money, Interest and Prices, 2nd ed., New York u.a.O. 1965.
- *Money and Wealth: A Review Article*, in: *The Journal of Economic Literature*, Vol. 7, 1969, S. 1140–1160.
- Pesek, B.P., Saving, T.R.*: Money, Wealth and Economic Theory, New York, London 1967.

Zusammenfassung

Vom Vermögenscharakter des Geldes

Dieser Artikel zeigt, dass die Ergebnisse einer Analyse des gesamtwirtschaftlichen Vermögenscharakters des Innengeldes wesentlich von den Annahmen über die ökonomischen Verhaltensweisen der privaten Nichtbanken beim direkten Übergang von einer Waren- zu einer Kreditgeldwirtschaft abhängen. Im Systemübergang ist der Vermögenszuwachs bei verzinstem Geld nicht stets geringer als bei unverzinstem. Dieses hängt vom Ertragssatz auf Sachaktiva sowie der Geldnachfragekurve ab.

Diskutiert die Literatur stets nur einen dem «Idealergebnis» adäquaten Übergang von einer Waren- zu einer Kreditgeldwirtschaft, so zeigt dieser Artikel, dass über die Einführung eines Wettbewerbsmechanismus im Bankensektor die Sättigungsmenge der Geldhaltung (Geld als «freies Gut») nur bei einem für die privaten Nichtbanken ungünstigeren realen Austauschverhältnis zwischen Warengeld bzw. Sachaktiva und Innengeld erreicht werden kann.

Résumé

La monnaie et son caractère de richesse

Cet article a montré que les résultats des analyses sur la monnaie et son caractère de biens dépendent essentiellement des suppositions faites sur l'attitude économique du secteur non bancaire privé face à la transition d'une économie de monnaie marchande à une économie de monnaie créditaire. L'accroissement des biens n'y diminue pas dans toutes les domaines si les intérêts montent.

De plus, l'article montre, quant au secteur non bancaire privé, que les relations d'échange réelles doivent s'empirer après la transition directe à l'économie de monnaie créditaire si une expansion de la quantité de monnaie doit être obtenue comme suite de l'introduction de la concurrence complète au secteur bancaire.

Summary

Money and Wealth

The increase in society's wealth by replacing commodity by credit («inside») money depends on the assumptions concerning the economical behaviour of the non-banks. Whether, in the stage of reallocation, the increase of wealth will be lower in the case banks pay the holders of money a rate of return greater than zero depends on the rate of return on investments and the money demand curve.

Besides analysing the substitution of non-interest bearing commodity money with alternative pattern of economical behaviour this article points out, that the introduction of competition between banks leads to the «ideal result» of money services being a free good only by deteriorating the exchange rate for the non-banks between commodity money and/or material wealth on the one hand and inside money on the other hand.

LITERATUR / BIBLIOGRAPHIE

Quaden, Guy

Le néo-capitalisme. (Collection «Citoyens», n° 11.) Paris 1976.

Editions Jean-Pierre Delarge. 312 p. 49.95 F.

Supposez qu'un économiste des débuts de ce siècle qui aurait jadis pris plaisir à observer son temps, revienne quelques jours sur terre et soit curieux de connaître l'état de l'économie. Le délai serait trop bref pour lui permettre l'étude de la multitude d'ouvrages spécialisés qui paraissent chaque année. La solution la plus opportune serait de lui conseiller la lecture de l'ouvrage de M. Guy Quaden consacré à l'économie contemporaine, ses caractères dominants, ses résultats depuis un quart de siècle et les problèmes nouveaux qu'elle pose. Le revenant parviendrait ainsi rapidement à comprendre le sens de l'évolution du capitalisme au cours des dernières décennies.

On ne veut pas dire par là que ce livre n'apporte rien aux personnes qui vivent à notre époque. La lecture des grandes synthèses, si difficiles et méritoires soient-elles, n'est jamais sans profit. Cet ouvrage nous paraît être surtout un témoignage, sous la forme d'un inventaire des opinions diverses et contradictoires qui s'affrontent, de notre génération sur l'état et l'avenir du capitalisme au début du dernier quart de ce siècle. Le tout est formulé dans une perspective qui n'est pas étroitement économique. Les faits historiques et les considérations socio-politiques y trouvent une large place, car pour l'auteur la science économique est sociale plutôt que physique.

Le livre est divisé en trois parties. La première, qui est aussi la plus brève, est consacrée à la croissance, symbole contesté des performances du capitalisme. La concurrence à laquelle se sont livrés des régimes politiques différents a porté, pour la première fois dans l'Histoire, sur le taux de croissance du P. N. B. Le bien-être en fut-il amélioré? On pourra en discuter à perte de vue. Un fait demeure acquis, incontestable: la corrélation entre les niveaux de produit par tête et l'espérance moyenne de vie à la naissance est manifestement positive.

La deuxième partie est réservée au pouvoir, celui de l'entreprise et celui de l'Etat. Ici, l'auteur s'en prend aux idées communément reçues et aux thèmes rebattus. Pour lui par exemple, au sein de l'entreprise moderne, la séparation du pouvoir et de la propriété est du type des phrases creuses dont il importe de se méfier. Avouons que l'argumentation de l'auteur n'a pu nous convaincre absolument. Certes, les revenus des grands dirigeants sont considérables et on peut admettre qu'ils n'ont pas épousé des bergères. Concédonsons encore qu'à la naissance ils ne se trouvent pas démunis. Cela ne suffit pas à nous persuader que dans les grandes sociétés européennes et américaines, le pouvoir et la propriété sont confondus.

En revanche, l'auteur nous paraît plus heureux lorsqu'il s'en prend à l'une des thèses principales de *J. K. Galbraith* dont on parvient mal à comprendre l'adhésion quasi générale qu'elle a obtenue dans l'opinion publique. On sait que selon *Galbraith*, la technostructure (qui n'est autre que l'ère des organisateurs de *J. Burnham*) ne s'attache plus à la maximalisation du profit. La recherche d'une plus grande indépendance et d'une sécurité accrue, la croissance de l'entreprise, ou l'exercice d'un effet de domination constituent les nouveaux objectifs. Comment a-t-il pu se trouver des millions de personnes dans le monde pour ne pas voir que de telles aspirations ne se substituent nullement à la recherche du profit, mais qu'elles la supposent plutôt? Ici, la critique de notre auteur est particulièrement opportune.

C'est aux problèmes que le néo-capitalisme pose aux sociétés industrielles de notre temps qu'est consacrée la dernière partie de l'ouvrage. M. Quaden n'avait que l'embarras du choix,

car les esprits profondément mécontents de la croissance ne manquent pas depuis que chacun bénéficie largement de ses avantages. Trois thèmes principaux ont été retenus : l'inflation, d'abord, puis les problèmes posés par l'inégale répartition des revenus et des patrimoines, enfin la question du développement du Tiers monde. C'est beaucoup, si l'on ne consacre à l'ensemble guère plus de cent pages et si le dessin de l'auteur ne lui interdit pas de se livrer à de vastes incursions. Peut-être est-ce l'inévitable faiblesse des ouvrages dont la prétention est d'embrasser un ensemble aussi vaste de phénomènes que de ne pouvoir justifier autant qu'il serait souhaitable la plupart des idées avancées.

Ainsi en est-il de l'inflation. Lorsque l'auteur nous dit qu'on ne saurait ramener le taux d'inflation annuel à proximité de zéro ni même le stabiliser durablement sans briser pour longtemps la croissance et accepter un chômage considérable, on voudrait mieux connaître les éléments de l'analyse sur laquelle se fonde un tel jugement. Certes, les raisons purement politiques qui sont avancées sont plausibles. Qu'il faille imaginer en certains pays un contrat social d'un genre inédit, soit. Chacun tombera d'accord que pour accomplir une tâche de cette envergure, un nouveau *Rousseau* serait plus utile qu'un nouveau *Keynes*. Néanmoins, cet état de choses n'est tel qu'en certains pays à une époque donnée. N'est-il pas possible, ailleurs, de réduire progressivement l'inflation sans tuer toute croissance ni étendre le chômage au-delà d'un seuil socialement supportable ?

M. Quaden se livre parfois à des rapprochements heureux autant qu'inattendus. Avec *Malthus* et *Ricardo*, l'économie politique naissante fut considérée par beaucoup comme une science sinistre, lugubre. Elle n'est plus cela : c'est l'écologie qui s'est substituée à l'économie comme science triste, constate l'auteur. Serait-ce le sort de toute science qui se rapporte avant tout à l'homme que de cultiver, en ses débuts, le catastrophisme et la sinistrose ?

François Schaller, Lausanne

Jacot, Jacques-Henri

Croissance économique et fluctuations conjoncturelles

Une présentation critique. Lyon 1976. Presses Universitaires de Lyon. 453 p. 60 F.

Ce gros ouvrage est le fruit d'un enseignement en deuxième cycle de licence ès sciences économiques à l'Université de Lyon. Ainsi que son sous-titre l'indique, il se veut avant tout comme un essai de présentation critique de la croissance économique et des fluctuations conjoncturelles. Il traite donc d'une matière vaste selon le plan suivant :

D'abord, la croissance et les fluctuations sont caractérisées et différenciées sous leurs diverses formes. Après l'indication des différents types de cycles, l'auteur analyse la substitution de la notion de fluctuations à celle de cycles et la substitution de la notion de conjoncture à celle de fluctuations.

Ensuite J.-H. Jacot souligne le souci de réflexion méthodologique plutôt que de raffinement analytique en décrivant la «boîte d'outils» de la théorie économique reposant sur l'analyse dichotomique (équilibre-déséquilibre, statique-dynamique, micro-économie-macro-économie) et la synthèse formelle basée sur les modèles ainsi que sur les «faits stylisés» de la croissance et puis ceux des fluctuations économiques sous leurs différents aspects : production, répartition, dépenses.

En troisième lieu, l'auteur examine les concepts fondamentaux au-delà de la croissance et des fluctuations conjoncturelles : les différentes formes de matérialisme et les caractères du mode de production capitaliste considéré dans le cadre réel de la croissance et dans le contexte des fluctuations conjoncturelles : procès de travail, de valorisation, de production et de circulation du capital ; genèse du mode de production capitaliste et son développement.

La deuxième partie de l'ouvrage est moins formelle que la première qui vient d'être résumée. Cette seconde partie analyse d'abord, à l'aide des catégories offre et demande, la théorie classique et néo-classique de l'équilibre économique global. D'après cette théorie, le salaire est déterminé par l'offre de travail, fonction du salaire réel, que «Keynes rejette fondamentalement pour irréalisme» (p. 218) et par la demande de travail guidée par la maximisation du profit que *Keynes* ne récuse pas.

Le marché des produits serait régi d'une part, par la loi des débouchés de *J.-B. Say* d'après laquelle la production créerait sa propre demande et, d'autre part, par l'offre d'épargne et la demande d'investissement qui s'égaliseraient à la suite des variations du taux de l'intérêt.

Le chômage, l'inflation et leur combinaison (la stagflation), pour les néo-classiques ne sont imputables qu'à des interventions intempestives qui entravent ou bloquent le jeu des mécanismes du marché (p. 229–230).

Jusqu'ici, l'analyse est assez facile à suivre par tous les étudiants. Au contraire, elle devient abstraite et même abstruse lorsque l'auteur représente, avec force illustrations mathématiques, d'après les néo-classiques, la croissance économique par la dynamique de la production et du progrès technique. Par contre, l'explication néo-classique des fluctuations conjoncturelles par les théories de la sous-consommation, par celles du sur-investissement, et par celles des conditions de coût et de financement est clairement résumée et mise à la portée de tous les étudiants.

Contrairement au titre V intitulé: «La théorie post-keynésienne de la croissance économique et des fluctuations conjoncturelles», le premier chapitre de ce titre résume les idées de la *Théorie générale* sur ces matières: le principe de la demande effective que l'auteur, avec raison, propose de traduire plutôt par la demande efficace, entendant par là la demande solvable prévue par les entrepreneurs. A l'inverse de la théorie des débouchés de *J.-B. Say*, c'est cette demande efficace prévue qui détermine l'offre des produits sur le marché.

En ce qui concerne la détermination du salaire nominal et du niveau général des prix, *J.-H. Jacot* fait remarquer que *Keynes* ainsi que *Joan Robinson* indiquent que, grâce aux syndicats, «la main-d'œuvre résiste ordinairement à la baisse des salaires nominaux, mais qu'il n'est pas dans ses habitudes de réduire son travail à chaque hausse des prix des biens de consommation ouvrière» (p. 281).

L'auteur ne fait pas remarquer que ce qui était vrai du temps où *Keynes* et *J. Robinson* écrivaient ce qui précède ne l'est plus depuis les années 1950–1960: les syndicats ont demandé d'abord et obtenu l'ajustement des salaires à la hausse du coût de la vie, ensuite leur adaptation aux accroissements de productivité, et enfin les hausses de salaires ont dépassé cet accroissement. Aujourd'hui, lors de la négociation des conventions collectives, les syndicats obtiennent souvent des augmentations de salaires qui *anticipent* la hausse du coût de la vie et l'accroissement net de la productivité. Ce sont ces anticipations qui, avec l'autofinancement inflationniste, sont les causes principales de l'inflation des coûts et aussi une des causes de la crise de l'économie occidentale, comme je l'ai montré dans le livre qui va paraître et qui a pour titre: *L'inflation structurelle et les nouveaux remèdes pour la maîtriser*.

Le deuxième chapitre du titre V traite de l'interprétation post-keynésienne de la croissance par la dynamique de l'investissement ou du profit (modèles de *Domar* et de *Harrod*) et par les prolongements du modèle post-keynésien (*N. Kaldor* et *J. Robinson*). Après avoir résumé les notes de *Keynes* sur le cycle (chapitre XXII de la T.G.), le troisième chapitre du titre V indique les divers modèles post-keynésiens du cycle économique.

Le titre VI est le dernier de l'ouvrage. En trois chapitres, il expose les théories marxistes de la croissance économique et des fluctuations conjoncturelles. Cette interprétation marxiste a nettement la préférence de l'auteur.

Dans la conclusion générale où il examine la crise du système capitaliste contemporain J.-H. Jacot se prononce également en faveur d'une des explications marxistes de cette crise après avoir rejeté trois explications non marxistes de la crise du capitalisme occidental. Certes, les explications non marxistes qu'il a retenues sont très unilatérales; mais, de leur insuffisance, on ne peut pas valablement conclure, comme il le fait implicitement, que toutes les autres explications proposées le sont également. D'autant plus que la crise actuelle a des causes multiples qui ne se ramènent pas à un facteur unique.

En résumé, l'ouvrage de J.-H. Jacot contient certaines parties intéressantes lorsqu'il compare les diverses théories de la croissance et celles des fluctuations conjoncturelles. Notamment, il a le mérite d'opposer clairement sur certains points importants de ces matières les idées de Keynes à celles des néo-classiques. A cet égard, il constitue parfois une étude comparative des théories de la croissance et des fluctuations conjoncturelles.

Mais, il n'est guère, comme le veut son auteur, une présentation critique de ces théories. Car, la seule appréciation critique véritablement scientifique consiste à confronter les théories avec les faits, et surtout avec les faits significatifs. C'est seulement une telle confrontation qui peut confirmer ou infirmer si l'interprétation des faits fournie par la théorie est conforme ou non au réel. Or, surtout en ce qui concerne l'interprétation marxiste de la croissance économique et des fluctuations conjoncturelles, on cherche en vain dans cet ouvrage une telle confrontation.

On y cherche en vain aussi certains faits qui se sont manifestés surtout depuis une ou deux décennies dans les pays de l'Est, et qui sont contraires à une interprétation marxiste de la croissance économique. C'est ainsi que, comme je l'ai montré dans le livre précité sur *L'inflation structurelle*, la baisse de plus en plus accusée des rendements pose dans les pays de l'Est, plus encore qu'en Occident, le problème inquiétant du financement des nouveaux investissements. Car, dans ces pays, depuis 1960, la productivité et la production ne s'élèvent que de plus en plus lentement, tandis que l'économie se corrompt et se dérègle de plus en plus intensivement et extensivement (voir à cet égard les livres de *Hedrick Smith*, d'*Ilja Zemtsov*, d'*Emmanuel Todd*, etc.). C'est pourquoi, le financement sain des investissements se heurte déjà, et se heurtera encore davantage dans l'avenir, à de grandes difficultés. D'autant plus que les charges des dépenses improductives résultant des énormes gaspillages, des graves fautes de gestion dans les entreprises publiques et plus encore de l'augmentation des budgets militaires sont beaucoup plus lourdes que dans les pays occidentaux. Par exemple, dans l'Union soviétique les charges militaires s'élèvent annuellement à 15% environ du revenu national. Une autre preuve de la détérioration grandissante de la situation financière des pays de l'Est – et par suite des difficultés de la croissance de leur économie – est l'augmentation persistante de leurs dettes extérieures déjà très élevées.

Il est donc regrettable que J.-H. Jacot n'ait pas tenu compte de tous ces faits significatifs et de bien d'autres encore lors d'une présentation critique de l'interprétation marxiste de la croissance. Car, pour apprécier objectivement les difficultés actuelles de la croissance économique à l'Ouest afin d'expliquer la crise contemporaine de l'économie occidentale, il est indispensable de rechercher en même temps si les pays de l'Est ne se heurtent pas à des obstacles semblables ou plus grands encore que ceux des pays occidentaux.

Lorsqu'il en est ainsi comme c'est le cas actuellement, cela prouve que des causes importantes de la crise ne sont pas propres à l'économie occidentale mais sont imputables à des facteurs plus généraux, communs à toutes les économies industrialisées. Ou bien qu'il y a, dans les économies collectivistes, des facteurs de dérèglement et de corruption plus graves encore que ceux qui existent dans les pays occidentaux. Ou bien encore que ces facteurs sont en partie communs aux pays industrialisés et en partie propres aux économies collectivistes et aux économies occidentales.

Firmin Oulès, Lutry

Industriegesellschaft im Wandel

Probleme, Lösungsmöglichkeiten, Perspektiven. Hg. von Wolfgang Michalski. (Veröffentlichungen des HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg.) Hamburg 1977. Verlag Weltarchiv. 293 S. DM 48.–.

Als Fortsetzung einer vom Japan Economic Research Institute im November 1972 in Tokio organisierten Veranstaltung wurde vom HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg im Mai 1976 ein «II. International Symposium on New Problems of Advanced Societies» durchgeführt. Die vorliegende Publikation gibt die im Rahmen dieses Symposiums gehaltenen Vorträge wieder. Wie es bei solchen Publikationen üblich ist, weisen die einzelnen Beiträge deutliche Unterschiede in Qualität auf. Müsste der Rezensent drei bis vier «wertvollste» Beiträge nennen, so würde er – im Bewusstsein des hier unvermeidlichen subjektiven Elementes – die Beiträge von *Schneider* (Die Energieversorgung der Zukunft), *Wimpfen* und *Bennett* (Die Versorgung mit mineralischen Rohstoffen), *Peston* (Notwendigkeit, Anspruchsniveau und Finanzierung öffentlicher Aufgaben), *Walker* (Arbeitnehmermitbestimmung – Ende der Marktwirtschaft?) und *Dierkes* (Soziale Indikatoren) wählen. Als nicht typisch für einen Band über «Industriegesellschaft» dürfte die grosse Spanne in der Breite der behandelten Themen (sie reicht von der «Analyse der wesentlichen gesellschaftlichen Probleme der achtziger Jahre» oder der «Zukunft der Weltwirtschaftsordnung» bis zu einer Fallstudie über die Massnahmen zur Reduzierung des Müllanfalls in einer amerikanischen Stadt oder einer Studie über soziale Indikatoren) sowie eine starke Beteiligung der japanischen Wissenschaftler – sie verfassten fünf von den siebzehn Beiträgen – bezeichnet werden. Neben zwei Japan gewidmeten Studien («Japan im kommenden Jahrzehnt» und «Tarifautonomie der Sozialpartner – Die Erfahrungen Japans») wurden drei weitere Berichte von Japanern verfasst: «Zukunft der Agrarwirtschaft», «Bildungs- und Ausbildungspolitik in der modernen Industriegesellschaft» und «Anomieindex für die Wohlstandsgesellschaft».

Die 17 Beiträge gruppieren sich um folgende Themen: 1. Wachstums- und Strukturprobleme der Industrienationen vor dem Hintergrund der seit Herbst 1973 veränderten weltwirtschaftlichen Lage; 2. Struktursteuerung in sektoraler und regionaler Hinsicht; 3. Verteilungsprobleme und Fragen der politischen und sozialen Verantwortung von Unternehmern und Gewerkschaften vor dem Hintergrund eines verringerten wirtschaftlichen Wachstums; 4. Rohstoff- und Energieprobleme. In der ganzen Sammlung dominiert der ökonomische Aspekt, was zum Teil durch die traditionellen Arbeitsgebiete des veranstaltenden Institutes bedingt sein dürfte. Erfreulich ist dabei die sich langsam durchsetzende Einsicht, dass die auf uns zukommenden Probleme globale Probleme sind, die nicht von einer einzigen Wissenschaft diagnostiziert und gelöst werden können, und dass sie reale Probleme sind und als solche ohne eine klare Entscheidung über die Wertprämissen nicht einmal formuliert werden können. So stellt z. B. *M.H. Peston* am Schluss seiner Analyse der zunehmenden Bedeutung des öffentlichen Sektors in der modernen Volkswirtschaft fest: «Der Ökonom selbst bietet Lösungen nach der Art des Marktmechanismus an und neigt dazu, sie als rein technisch und ethisch neutral zu betrachten. Was immer die technischen Vorzüge dessen, was er sagt, sind, ... auch er muss sich ... die grundlegende Frage stellen: Was für eine Gesellschaft wollen wir aufbauen?» (S. 145). Die Frage einer «guten Gesellschaft» wird im ersten Aufsatz von *Harman* und *Floyd Lewis II* behandelt und damit der allgemeine Rahmen für das ganze Symposium gesetzt. Die Autoren gehen vom heute herrschenden Paradigma der Industriegesellschaft aus, das sie als Betonung des Individualismus, des freien Unternehmertums und des materiellen Fortschrittes charakterisieren (wobei die soziale Verantwortung hauptsächlich Sache der Regierung ist), als Streben nach Zielen wie Effizienz, Produktivität, fortgesetztes Wachstum von Produktion und Konsum, sowie nach technologischer und Manipulations-

macht. Dieses Paradigma habe zu Sachlagen geführt (wie Verbrauchsstimulierung, geplanter Verschleiss, Verschwendung, Ausbeutung der Allgemeinheit gehörender Ressourcen, Entfremdung der Menschen von der Gemeinschaft und der Natur), die schliesslich den humanen Bedürfnissen entgegenwirken und zu einer Kulturkrise grossen Ausmasses führen. Ein neues Paradigma sei nötig, um die unsere Kultur bedrohenden Widersprüche zu überwinden. Auf eine auch für zahlreiche andere kulturkritische Analysen charakteristische Art wird allerdings nicht das Bild einer «guten Gesellschaft», sondern vielmehr das Bild eines «neuen Menschen» entworfen. Er wird sich um Selbstverwirklichung bemühen, indem er namentlich eine Nutzenmaximierung in einer eng beschränkten Richtung durch eine Koordinierung verschiedener befriedigender Lebensumstände ersetzen wird; er wird eine «ökologische Ethik» entwickeln; er wird schliesslich über ein neues Wissen verfügen, das den heute die Wissenschaften dominierenden, auf das kontrollierte Experiment beschränkten Wissenstypus sprengen und so verschiedene Kategorien wie «Kreativität», «Intuition», «Mystik», «psychische Phänomene» und «religiöse Erfahrung» umfassen wird.

Und der Weg zu diesem «neuen Menschen»? Die Autoren sehen ihn bezeichnenderweise nicht in der Reform der gesellschaftlichen Institutionen, sondern in der Bildung. «Letztlich liegt in der Erziehung unsere einzige Rettung» – stellen sie fest und geben ihrer Hoffnung Ausdruck, dass die kommende Gesellschaft «nicht nur Know-how, sondern auch eine tiefe Kenntnis dessen, was sich zu tun lohnt», besitzen wird.

A. Miller, Zürich

Sandmeyer, Udo

Wahl der industriellen Technologie in Entwicklungsländern. Theoretische Grundlagen und Darstellung am Beispiel des Nordostens Brasiliens. (Veröffentlichung des Lateinamerikanischen Instituts an der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Bd. 10.) Diessenhofen 1976. Verlag Rüegger. XV, 342 S. Fr. 28.–

Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um eine Dissertation an der Hochschule St. Gallen bei den Professoren *Nydegger* und *Baumer*. Dementsprechend ist es eine saubere, wissenschaftlich einwandfreie Analyse und Darstellung der Frage nach dem «Verhältnis, in dem Realkapital und menschliche Arbeit in der industriellen Güterproduktion von Entwicklungsländern eingesetzt werden sollen» (S. X). Unter «Technologie» versteht der Autor also die rein ökonomische Komponente und Kennzeichnung der verschiedenen Produktionstechniken und der alternativen Technologien, nämlich das abstrakte und operationable «Verhältnis von Kapitalsumme pro Arbeitskraft» (S. X).

Im ersten Hauptteil der Schrift werden eine Reihe von in Komplexität und Wirklichkeitstreue sich steigernden theoretischen Modellen untersucht mit dem Ziel, «generelle Evaluationskriterien ... (abzuleiten) ..., die unter Berücksichtigung der spezifischen Faktorendotation einer beliebigen Volkswirtschaft, in jeder individuellen Entscheidungssituation die richtige Technologiewahl im Sinne der vorgegebenen Zielsetzung ... (ermöglichen) ...» (S. X). Ausgangs- und Bezugspunkt ist dabei die neoklassische Produktionstheorie und der entsprechende ordnungspolitische und soziopolitische Rahmen. Sukzessive werden Prämissen des Grundmodells durch realere Bedingungen ersetzt: z. B. Limitationalität zwischen den Faktoren, keine vollständige Homogenität des Outputs, mehrphasige Produktion, Nichtlinearität des Expansionspfades, Einbezug der volkswirtschaftlichen Kosten (Schattenpreise). Eingegangen wird auch auf den Konflikt zwischen momentaner Maximalproduktion und maximaler Wachstumsrate der Produktion. Hierbei wird das Galenson-Leibenstein-Kriterium stark kritisiert. Als Ergebnis stellt der Autor ein detailliertes Verfahren vor, das auf der Endwertmethode der Investitionstheorie basiert (Kapitel 5, S. 112–183).

Im zweiten Hauptteil werden anhand der Wirtschaftsdaten aus Brasilien und insbesondere des Nordostens von Brasilien die Relationen von Arbeit zu Kapital in der Verarbeitungsindustrie errechnet, verglichen und begründet. Der Autor stellt dabei eine hohe und überdurchschnittliche Zunahme der Kapitalintensität in der industriellen Produktion im Nordosten zwischen 1950 und 1970 fest, die bei der herrschenden regionalen Arbeitslosigkeit, dem relativ niederen gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn und den durchschnittlich ausbezahlten Löhnen in der Region befremdet. Nicht in diesem Umfange anzulasten sei diese Situation den Verschiebungen in der Branchenstruktur zu naturgemäss kapitalintensiveren Branchen. Hingegen wird deutlich gezeigt, dass ein enormer Vintage-Sprung in den sechziger Jahren die Wahl auf kapitalintensive Technologien lenkte. Daran schuld sei die forcierte Industrialisierungspolitik der Regierung gewesen. Vor allem über die SUDENE (Superintendencia de Desenvolvimento do Nordeste) verbilligte der Staat mittels Steuerbegünstigungen und Krediten die Kapitalkosten für neue Anlagen und Betriebe im Nordosten und überschwemmte die Region mit Kapital. Die Folge davon sei nicht nur eine submaximale Produktion gewesen, sondern auch die Vernachlässigung des erklärten und wichtigen Zieles der Arbeitsplatzbeschaffung.

Die Zurückhaltung, Sachlichkeit und das hohe Abstraktionsniveau selbst im empirischen Teil mögen hoch bewertet werden. Durch die «rein» ökonomische Betrachtungsweise gehen gleichzeitig aber wesentliche Punkte der Probleme der Technologiewahl in Entwicklungsländern verloren. In der aktuellen Entwicklungspolitik werden vermehrt Aspekte der Technologie erörtert, die nicht nur das zahlenmässige Faktorverhältnis zwischen Arbeit und Kapital betreffen. So wird die Anpasstheit, die Ökonomie, der Technologie an dem gemessen, was und für wen produziert wird, welche ökologischen und soziologischen Folgen daraus erwachsen, wie die Integration der Arbeit in qualitativer Hinsicht vollzogen wird usw. Es mag erstaunen, dass diese und weitere, auch politische Probleme nicht angetönt und behandelt werden und nicht in die volkswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Analyse einfließen.

Rudolf Höhn, Zürich

Die europäische Agrarpolitik vor neuen Alternativen

Hg. von Hans Christoph Binswanger. (Sozioökonomische Forschungen, Bd. 7.) Bern und Stuttgart 1977. Verlag Paul Haupt. 116 S. Fr. 28.–.

Unter diesem Titel ist unter der Leitung von Prof. Dr. *Hans Christoph Binswanger* (HH St. Gallen) eine gut 100 Seiten starke Aufsatzsammlung zur europäischen Landwirtschaftspolitik erschienen. Die Aktualität des Themas rechtfertigt eine kurze Besprechung dieses Sammelbandes.

Wie Professor Binswanger in seiner Einleitung erwähnt, sind die meisten Aufsätze aus Diskussionen innerhalb der Ligue Européenne de Coopération Economique hervorgegangen. Zentrales Diskussionsthema bildete dabei die gemeinsame Agrarpolitik der EG.

Im ersten Artikel dieser Schrift «Zur Lösung der Konflikte zwischen Einkommens- und Marktpolitik» fordert Prof. Dr. *H. Priebe* (Frankfurt a. M.) eine Trennung von Preis- und Einkommenspolitik im Rahmen der EG-Agrarpolitik. Ausgehend von den «Fehlentwicklungen der *Gemeinsamen Agrarpolitik*», z. B. dem Wachstum der «Finanzlasten aus öffentlichen Mitteln», versucht Priebe die Ursachen der angeführten «*Ungleichgewichte*» zu ergründen. Seiner Ansicht nach liegen die Ursachen einerseits «in der Doppelfunktion der Agrarpreise und ihrer Festsetzung durch politische Gremien» und andererseits in der «*forcierte(n) Erweiterung der Produktionskapazitäten durch die Strukturpolitik*». Anschliessend zählt Priebe «*die weitreichenden Folgewirkungen der bisherigen Agrarpolitik auf verschiedenen Gebieten*» auf und kommt zum Schluss, «dass im Rahmen einer Neuorientierung der

Agrarpolitik vor allem *neue Wege in der Einkommenspolitik* gesucht werden müssen». Zu diesem Zweck legt Priebe zwölf Thesen vor, die eine *Trennung von Preis- und Einkommenspolitik* zum Ziele haben.

Unter dem Titel «Möglichkeiten zur Trennung von Preispolitik und Ausgleichszahlungen in Grünlandgebieten» unterbreiten Prof. Dr. *H. C. Binswanger* (St. Gallen) und Dr. *K. Müller* (Muri/Bern) einen Vorschlag für die Einführung von *Flächenbeiträgen*. Im ersten Abschnitt fragen die Autoren nach den Gründen für eine «*Neugestaltung der Agrarpolitik*». Sie nennen hier deren drei: Zum ersten werde «es immer offensichtlicher, dass es mit den Instrumenten der gegenwärtigen Agrarpolitik nicht mehr gelingt, der Landwirtschaft den ihr gebührenden Platz in der Volkswirtschaft hochindustrialisierter Länder zu sichern». Zum zweiten würden «von den Landwirten heute neue Leistungen verlangt», z. B. «Nahrungsmittel zu erzeugen, die möglichst wenig gesundheitsschädigende Rückstände aufweisen». Auf Grund der Möglichkeit einer selbst für die Industrieländer kritisch werdenden Ernährungssituation folgern die Autoren zum dritten, dass es heute darum geht, «möglichst viel Boden zu bewirtschaften, ohne vorläufig die maximale Intensität anzustreben». Im Anschluss an eine kurze Kritik an der heutigen Agrarpolitik versuchen Binswanger und Müller eine «echte Lösung» zu finden. Sie beginnen dabei mit der Frage nach den Aufgaben der Landwirtschaft. Als Aufgaben der Landwirtschaft bezeichnen sie – wie schon *Kleinewefers 1972* in dieser Zeitschrift – «*Nahrungsmittelproduktion*», «*Landschaftspflege*» und «*Vorsorge für Zeiten der Nahrungsmittelknappheit*». Aus dieser Aufgabenstellung leiten die Autoren jetzt «das Postulat einer neuen Agrarpolitik» ab. Sie schreiben: «*Inbesondere sind alle Leistungen, welche die Landwirtschaft erbringt, d. h. nicht nur die reine quantitative Produktionsleistung, sondern auch die gemeinwirtschaftlichen Leistungen, in Rechnung zu stellen und entsprechend zu bezahlen.*» Zur Durchführung dieser Abgeltung postulieren auch Binswanger und Müller eine «gewisse *Trennung der Preis- und Einkommenspolitik*». Die dabei notwendig werdenden direkten Einkommenszahlungen sollen nach Ansicht der Autoren so gestaltet sein, «*dass damit gleichzeitig eine Bezahlung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen erfolgt. Hierfür kommen vor allem produktunabhängige Zahlungen an die Landwirte in Frage.*» Als Bemessungskriterium solcher produktunabhängiger direkter Einkommenszahlungen schlagen Binswanger und Müller die bewirtschaftete Bodenfläche vor. Im folgenden skizzieren sie in fünf Punkten ein ihrer Ansicht nach praktikables System solcher Ausgleichszahlungen. Anschliessend wird die vorgeschlagene Methode am Beispiel der Milch dargestellt. Die Methode der Bewirtschaftungsbeiträge lässt sich nach Ansicht von Binswanger und Müller auch für die Hauptsektoren des Pflanzenbaus anwenden.

Ausgehend von «Ungenügen der traditionellen Agrarpolitik» und «*neue(n) Akzente(n) bei den Zielsetzungen*», nahmen Dr. *H. W. Popp* (Bern) und Dr. *R. G. Anderegg* (St. Gallen) unter dem Titel «Agrarpolitik für die Berggebiete: Beispiel Schweiz» eine Bestandesaufnahme der in der Schweiz realisierten und geplanten «*Förderungsmassnahmen zugunsten der Berglandwirtschaft*» vor. Diese Massnahmen ordnen sie den Bereichen «regionale Strukturpolitik», «Agrarstrukturpolitik» und «landwirtschaftliche Einkommenspolitik» zu. Als Instrumente der «*regionale(n) Strukturpolitik*» nennen Popp und Anderegg das Investitionshilfegesetz für Berggebiete, das geplante eidgenössische Raumplanungsgesetz und verschiedene realisierte und geplante kantonale Gesetze zur Wirtschaftsförderung. Bei der «*Agrarstrukturpolitik*», auf deren Problematik auch Priebe kurz eingeht, nennen die Autoren zuerst das heutige Instrumentarium der Beihilfen und Darlehen, um anschliessend auf Grund gemachter Erfahrungen die Setzung neuer Akzente zu fordern: den «*vermehrte(n) Einbezug der Nebenerwerbsbetriebe in die Förderungsprogramme*», die «*vermehrte Förderung ... (verschiedener) Formen überbetrieblicher Zusammenarbeit*» und Massnahmen auf dem Gebiete der Infrastruktur. Im Abschnitt «*landwirtschaftliche Einkommenspolitik*» zeigen Popp und Anderegg

anhand einiger Zahlen die Bedeutung verschiedener Massnahmen. Im Absatz «*neue Akzente in der landwirtschaftlichen Einkommenspolitik – flächengebundene Ausgleichszahlungen*» weisen die Autoren, wie schon Binswanger und Müller, auf die Möglichkeiten nach Betriebsgrössen abgestufter Flächenbeiträge hin.

Unter dem Titel «Die Trennung von Preispolitik und Ausgleichszahlungen im Ackerbau» unterbreitet *A. Durand* (Paris) einen Diskussionsvorschlag, das heutige System durch ein *Flächenbeitragssystem* («Hektarprämien-system») zu ersetzen bzw. zu erweitern. Ganz analog zu Binswanger und Müller zielt Durands Vorschlag «auf die Einführung eines zweistufigen Agrarpreissystems». Dieses System bestünde darin, «dass die Erträge des Bauern nicht nur aus dem Verkauf seiner Produkte bestehen, sondern zusätzlich aus einer Prämie für die Bewirtschaftung seines Bodens». Am Beispiel der französischen Weizenproduktion beschreibt der Autor diese Hektarprämien und erläutert die zu erwartenden Auswirkungen auf dem Weizenmarkt und bei den öffentlichen Finanzen. Unter dem Absatz «Ausdehnung auf die Europäische Gemeinschaft» beleuchtet Durand einige der zu erwartenden Probleme (z. B. bei der Differenzierung der Hektarprämien nach Ländern). Abschliessend erwähnt der Autor, dass dem System der Hektarprämien bezüglich der Produktqualität «ein qualitätsfördernder Effekt nicht abzusprechen» sei und dass es «wesentlich zur Erhaltung der landwirtschaftlichen Kulturfläche und damit zur Umweltqualität» beitrage. Durand glaubt jedoch nicht, «dass das Hektarprämien-system als solches sämtliche Fehler des heutigen Systems eliminieren könnte».

Im Aufsatz «Die europäische Agrarpolitik im internationalen Zusammenhang» versucht Prof. *J. S. Marsh* (Reading) in einem ersten Teil «die Notwendigkeit neuer Ideen (für die gemeinschaftliche Agrarpolitik) darzulegen» und in einem zweiten Teil Anregungen zur Verbesserung bestehender Regelungen herauszuarbeiten. Nach Ansicht von Marsh sind es drei Gründe, «*warum alternative Vorschläge für die Agrarpolitik gesucht werden müssen*». Zum ersten sind es die «*veränderte(n) weltwirtschaftliche(n) Gegebenheiten*». Hier erwähnt der Autor auf der einen Seite den seit 1972 zu beobachtenden «Rückgang der Lagervorräte» und die grösser gewordenen Preisfluktuationen auf den Weltmärkten für Agrarprodukte und auf der anderen Seite die zunehmende Integration der EG mit den Weltmärkten. Deshalb besteht nach Ansicht von Marsh «ein gesteigerter Anreiz zur Verminderung der Instabilität der Weltagrarmärkte». Zum zweiten ist es die «*Erweiterung der Ziele der gemeinschaftlichen Agrarpolitik*». Der Autor nennt hier in erster Linie die «verbesserte Stabilisierung der Märkte» und die «Wahrung der Konsumenteninteressen». Ein «wesentlicher Aspekt» ist nach Marsh auch die «Notwendigkeit aufeinander abgestimmter Ziele in den Bereichen der Agrar-, Sozial-, Regional- und Wirtschaftspolitik». Zum dritten glaubt der Autor, dass sich «Die von der Gemeinschaft zur Regelung der agrarpolitischen Belange gewählten Mechanismen», u. a. wegen des gestiegenen «*innergemeinschaftliche(n) Handel(s)*», und der Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktivität «als wirkungsvoll» erwiesen. Auf der anderen Seite müssten aber Exporterstattungen, Grenzausgleichsbeiträge und die Starrheit der agrarpolitischen Instrumente ganz allgemein als «wesentliche Mängel der gemeinschaftlichen Agrarpolitik» bezeichnet werden. Im zweiten Teil, «*Überlegungen zur Weiterentwicklung der gemeinschaftlichen Agrarpolitik*», nennt Marsh fünf Gedanken. Als «*Massnahmen zur Stabilisierung des Welthandels*» sieht der Autor u. a. eine «international koordinierte Lagerhaltungspolitik». Um «*Stabilität innerhalb der Gemeinschaft*» auch dann zu erreichen, wenn die Stabilität der Welthandelsmärkte nicht vorausgesetzt werden kann, nennt Marsh drei mögliche «*Massnahmetypen*»: «Lagerhaltung, zunehmende Selbstversorgung oder eine Kombination von Abschöpfungen und Erstattungen». Zur Verbesserung der «*gesamtwirtschaftliche(n) Produktivität*» propagiert der Autor Anpassungen in der Allokation von Produktionsfaktoren. Er ruft dabei die Politiker auf, die auftretenden «Interessenkonflikte miteinander soweit wie möglich in Einklang zu bringen». Ein solcher «Beitrag der Gemein-

schaft an die Strukturverbesserungen» erscheint dem Autor «zweckmässig und angemessen». Unter der Überschrift «*Die Einheitlichkeit des EG-Agrarmarktes*» weist Marsh auf drei mögliche Gefährdungen dieser Einheitlichkeit hin: «Grenzausgleichsbeiträge, einzelstaatliche agrarpolitische Sonderförderungsmaßnahmen und politische Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten». Der Artikel schliesst mit dem Hinweis, dass eine «*Verbesserung der Lebensverhältnisse der landwirtschaftlichen Bevölkerung*» nur durch eine Erweiterung der Agrarpolitik durch direkte Einkommenszahlungen erreicht werden kann.

Prof. J. F. van Riemsdijk (Wageningen) stellt in seinem Aufsatz «Direkter Einkommens-transfer als zentrales Instrument der Agrarpolitik» ein flexible(s) System «direkter Einkommens-transfers» als Möglichkeit dar, den Landwirtschaftssektor der EG langfristig aus seiner staatlich stark regulierten Lage in eine mehr marktkonforme Situation überzuführen. Merkmale dieses Systems sind an die Person des Unternehmers gebundene direkte Transferzahlungen und die Trennung von Preis- und Einkommenspolitik. Der Autor glaubt, dass diese Trennung das reale Agrarpreisniveau senken und damit zu einem «Abbau überhöhter Bodenpreise» führen wird. Durch diese Massnahme würde der Strukturwandel durch «Betriebsaufgabe einerseits und Betriebsvergrößerung andererseits» gefördert. Riemsdijk ist der Ansicht, dass dieses System direkter Einkommens-transfers nur *vorübergehender* Natur sein muss, weil «auf längere Sicht ein Marktgleichgewicht mit Preisen erreicht werden kann, die den Produzenten in den neu strukturierten Betrieben ein ‚paritätisches‘ Einkommen erbringen» wird. Der Autor meint, dass das vorgeschlagene System sowohl für die Landwirtschaft kurz- und langfristig von Vorteil ist als auch im allgemeinen Interesse liegt. Abschliessend beleuchtet Riemsdijk noch die Auswirkungen seines Systems auf die Kapitalstruktur der Landwirtschaft, auf Umwelt, Verwaltung und öffentliche Finanzen.

Prof. L. P. F. Smith (Dublin) unternimmt im längsten Aufsatz dieses Sammelbandes unter dem Titel «Agrarpolitik im Industriestaat: Preis- und Strukturpolitik» eine Art tour d'horizon durch die Landwirtschaftspolitik. Ausgehend von der «*Philosophie der Agrarpolitik*», den soziologischen und Arbeitsmarktproblemen der Landbevölkerung, wendet sich der Autor vorerst der «*traditionelle(n) Politik*» zugunsten der einheimischen Landwirtschaft zu. Er führt Gründe an, die seiner Ansicht nach dafür verantwortlich sind, dass seit 1930 praktisch kein einziges Land völlig liberalisierte Agrarmärkte aufwies. Smith sieht auch keine «zuverlässigen Aussichten für eine Liberalisierung der Agrarmärkte». Da auf dem Agrarsektor der «marktwirtschaftliche Steuerungsprozess kürzerfristig unbefriedigende Auswirkungen» zeitigt, fragt Smith nach «*mögliche(n) agrarpolitische(n) Massnahmen*» einerseits und den damit verbundenen Problemen andererseits. Unter letzteren nennt er die bekannten lang- und kurzfristigen Problemkreise. Als mögliche Massnahmen auf dem Gebiete der Landwirtschaft nennt der Autor eine Politik des «laissez-faire», Preis-, Einkommens- und Strukturpolitik. Die Politik des «laissez-faire» wird unter Bezugnahme auf die Theorie des Zweitbesten weitgehend abgelehnt. Preis- und Einkommenspolitik sieht Smith im selben Licht wie die anderen Autoren dieses Bandes auch. Unter dem Gesichtspunkt strukturpolitischer Massnahmen erwähnt Professor Smith die unterschiedlichen Probleme der einzelnen Produktionsfaktoren. Zusätzlich zur Frage nach dem wünschenswerten Umfang der einzelnen Faktoren Arbeit, Kapital und Boden geht er auch auf mit diesem Problemkreis zusammenhängende Nebenprobleme ein. Angeschnitten werden aber auch die «Marktpolitik», «Bedarfsvorausschätzungen» u. a.

Abschliessend kann festgehalten werden, dass dieser Sammelband dem an landwirtschaftlichen Problemen Interessierten, von der *Problemstellung* her gesehen, einen guten Überblick über den aktuellen Stand der Diskussion verschafft. Was die Art der *Problembehandlung* betrifft, wäre in einzelnen Artikeln ein mehr analytisches Vorgehen oft wünschbar und der Komplexität der landwirtschaftlichen Probleme meist auch eher angepasst.

Martin Janssen, Zürich

Recht und Macht in Politik und Wirtschaft

(Sozialwissenschaftliche Studien für das Schweizerische Institut für Auslandforschung, N. F., Bd. 4.) Zürich 1976. Schulthess Polygraphischer Verlag. 152 S. Fr. 35.–.

Der Band enthält die Vorträge, die das Schweizerische Institut für Auslandforschung in den Jahren 1974 und 1975 zum Thema «Recht und Macht in Politik und Wirtschaft» veranstaltet hat. Die Aufsätze von *Sternberger*, *Brodersen* und *Passerin d'Entrèves* bilden den Kern der Publikation, indem sie sich direkt mit der Fragestellung auseinandersetzen. Die übrigen Beiträge befassen sich mit dem Thema entweder in mehr konkreter oder mehr allgemeiner Form.

Dolf Sternberger (Professor für Politische Wissenschaft, Universität Heidelberg) diskutiert, unter dem Titel «Machiavelli, Machiavellismus und Politik», die Evolution des Begriffs «Politik», von seiner ursprünglich aristotelischen Bedeutung (auf Recht basierende Lebensordnung) zu seiner heutigen, breiten Bedeutung, die eine Lebensordnung auf Recht und auch Macht umfasst. Sternberger zeigt, wie Machiavelli noch die aristotelische Definition gebraucht (und deshalb praktisch nie von Politik spricht!) und wie mit der Gegenreformation die breite Bedeutung an Boden gewinnt.

Die Frage über «Macht und Recht in der Soziologie Max Webers» wird von *Arvid Brodersen* behandelt (Professor für Soziologie, New School for Social Research, New York). *Weber* unterscheidet drei Formen legitimer Herrschaft: traditionelle, rationale und charismatische. Als legitime Herrschaftsformen vereinen sie, objektiv gesprochen, alle Recht und Macht. Den traditionellen Typus, besser gesagt seinen Zerfall, untersuchte Weber in einer seiner ersten Schriften über die Lage in Ostpreussen. Mit dem rationalen Typus hatte er direkten Kontakt, als er persönlich an der Ausarbeitung der Weimarer Verfassung teilnahm. In seinen bekannten Diskussionen über Bürokratie, welche ein integrierter Bestandteil des rationalen Typus darstellt, schenkte Weber diesem Typus besondere Aufmerksamkeit. Der charismatische Herrschaftstypus illustrierte Weber vor allem am Beispiel Napoleons.

Alexander Passerin d'Entrèves (Professor für Philosophie der Politik, Universität Turin) widmet sich dem Thema «Power and Authority in International Relations». Wie aus dem Titel hervorgeht, beleuchtet er den Fragenkomplex «Recht – Macht» aus der Sicht der internationalen Beziehungen. Er unterscheidet, in Anlehnung an *Max Weber*, drei Ebenen politischer Phänomene: die Ebene der Macht (force), die der Herrschaft (power) und die der legitimen Herrschaft (legitimate power, authority). Wo internationale Beziehungen als reine Machtbeziehungen bestehen, existiert *Hobbes'* «state of nature» und wird Macht zu Recht. Wo internationales Recht besteht, positivistisch gesehen, existiert die Grundlage für rechtmässige Macht. Legitime Macht (authority) jedoch gibt es erst da, wo zum positivistischen Recht die ethische Basis hinzukommt (natural law).

Die Aufsätze von *Jeanne Hersch* («Ubiquité de la puissance et volonté de justice»), von *Helmut Thielicke* («Die Bedrohung der Freiheit durch die freiheitliche Gesellschaft») und von *Helmut Schelsky* («Die Neuen Formen der Herrschaft: Belehrung, Betreuung, Beplanung») befassen sich mit dem Thema «Recht – Macht» in allgemeinerer Form. *Jeanne Hersch* (Professorin für Philosophie, Universität Genf) zeigt, wie eng verbunden und verschlungen die beiden Begriffe sind und wie schwierig, aber notwendig, ein Auseinanderhalten ist. *Helmut Thielicke* (Professor für systematische Theologie, Universität Hamburg) zeigt vor allem die Problematik von Macht und Recht in intermediären politischen Gruppierungen, wie Parteien und Gewerkschaften. Die Durchschlagskraft (Macht) dieser Gruppen fordert die Einschränkung der Rechte des einzelnen Mitglieds. *Thielicke* akzeptiert diese Einschränkung als organisatorische Notwendigkeit, weigert sich jedoch, in einer Notwendigkeit eine Tugend zu sehen. *Helmut Schelsky* (Professor für Rechtssoziologie, Universität Münster/

Westfalen) vertritt seine bekannte These, dass der überorganisierte und überbürokratisierte Sozialstaat den Bürger entmündigt. Er zeigt im vorliegenden Artikel insbesondere, wie dies durch überdimensionierte Lehr-, Wohlfahrts- und Plansysteme geschieht.

Den Abschluss bilden zwei Aufsätze, die sich auf die Wirtschaft beziehen. *Ernst-Joachim Mestmäcker* (Professor für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht, Universität Bielefeld) befasst sich mit dem Thema «Multinationale Unternehmen im nationalen und im internationalen Wirtschaftsbereich» und zeigt, anhand einer Aufzählung verschiedener Problemkreise, wie weit heute die liberale Hoffnung davon entfernt ist, «den Gegensatz zwischen Macht und dem Wohlstand der Nationen in einem System allgemeiner Freiheiten unter der «rule of law» aufzuheben». Schliesslich diskutiert *Charles G. Hanson* (Lecturer in Economics, University of Newcastle upon Tyne) den Begriff «economic power» anhand des Beispiels der britischen Gewerkschaften in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten.

Jürg Gabriel, Meilen

Soziale Indikatoren:

Internationale Beiträge zu einer neuen praxisorientierten Forschungsrichtung

Hg. von Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny u. a. (Soziologie in der Schweiz, Bd. 5.) Frauenfeld und Stuttgart 1976. Verlag Huber. 352 S. Fr. 28.–.

Wie so viele Neuerungen auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften stammt der Begriff Soziale Indikatoren aus den USA. Man versteht darunter Instrumente mit denen nichtökonomische soziale Phänomene und deren Veränderungen gemessen werden können. Seit 1946 ist der amerikanische Präsident verpflichtet, jährlich einen Economic Report vorzulegen, und daraus ist die monatliche Publikation von Economic Indicators entstanden. Darin finden jedoch qualitative Veränderungen der Lebensbedingungen keine Berücksichtigung. Deshalb schlugen anfangs der sechziger Jahre einige amerikanische Sozialwissenschaftler vor, der Präsident solle auch einen jährlichen Sozialbericht erstatten, und die Regierung solle regelmässig Serien von Sozialen Indikatoren vorlegen. Seit etwa 1965 ist diese Forderung von einer Gruppe von amerikanischen Sozialwissenschaftlern aufgegriffen worden, die sich seither um die Entwicklung von Sozialreports, Sozialen Indikatoren und Systemen der sozialen Gesamtrechnung bemühen. Daraus ist eine eigentliche Sozialindikatorenbewegung entstanden. Wenige Jahre später wurden die amerikanischen Ideen auch in zahlreichen anderen Ländern aufgegriffen, ebenso in internationalen Organisationen wie der OECD und den Vereinten Nationen.

Auch in der Schweiz ist neuerdings das Interesse an der Sozialindikatorenforschung erwacht. Im Oktober 1975 fand in Zürich ein von der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie und vom Soziologischen Institut der Universität Zürich veranstalteter Kongress statt, der zum Ziel hatte, sowohl Experten wie einer breiteren Öffentlichkeit einen Überblick über neueste Arbeiten und Entwicklungen im Bereich der Sozialindikatorenforschung zu geben. Der vorliegende Band enthält die überarbeiteten Beiträge von Referenten aus der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz, die entweder in Forschungsinstituten oder in nationalen und internationalen Behörden mit Fragen Sozialer Indikatoren befasst sind.

Die 17 Beiträge fallen in drei Hauptgruppen: 1. Allgemeine Orientierungen darüber, was soziale Indikatoren sind und wozu sie nützen sollen. Prägnant formuliert hier Wolfgang Zapf: «Systeme Sozialer Indikatoren sind systematische Kataloge von Statistiken zur Wohlfahrtsmessung im Hinblick auf das Ziel der *Lebensqualität*, zur gesellschaftlichen Dauerbeobachtung im Hinblick auf Prozesse der *Modernisierung* und zur Prognose und Steuerung einer *aktiven Gesellschaftspolitik*» (S.47.) 2. Die Mehrzahl der Referate berichtet über laufende Forschungsprojekte zur Entwicklung Sozialer Indikatoren. Hier werden die beiden

bedeutendsten internationalen Forschungsprogramme vorgestellt, die von der OECD und vom Social and Economic Council der UNO getragen werden. Sodann berichten mehrere Beteiligte über die Aktivitäten einer Forschergruppe Frankfurt/Mannheim, die an einem umfangreichen sozialpolitischen Entscheidungs- und Indikatorensystem für die Bundesrepublik Deutschland (SPES-Projekt) arbeiten. Auch in der Schweiz sind zwei Forschungsprojekte im Gange, die vom Schweizerischen Nationalfonds gefördert werden. Das Soziologische Institut der Universität Zürich erarbeitet unter der Leitung der Herausgeber dieses Bandes ein «System Sozialer Indikatoren für die Schweiz», das hier von *Matthias U. Peters* und *Peter G. Zeugin* vorgestellt wird. Im subjektiven Bereich der Indikatorenforschung ist ein Projekt über «Werte und Wertordnungen in der Schweizerischen Bevölkerung» angesiedelt, das von *Ruth Meyer* und *Walter Rüegg* vom Soziologischen Institut der Universität Bern geleitet wird. Als Datenbasis für dieses Projekt dient eine 1976 erhobene repräsentative Stichprobe der Schweizer Bevölkerung.

Die dritte Gruppe von Beiträgen befasst sich mit dem Thema «Soziale Indikatoren und amtliche Statistik». Es ist klar, dass bei der Entwicklung Sozialer Indikatoren amtliche Statistiken eine sehr wichtige Rolle spielen müssen. Einmal handelt es sich darum, die Fülle des in amtlichen Statistiken bereits vorhandenen Zahlenmaterials gründlich durchzuforschen auf der Suche nach Daten, die sich entweder direkt oder durch Weiterverarbeitung als Soziale Indikatoren verwenden lassen. Darüber hinaus wird jedoch die Erarbeitung von Sozialindikatoren einen erheblichen Ausbau der Sozialstatistik erfordern. Die Vertreter des Eidgenössischen Statistischen Amtes, des BIGA und des deutschen Statistischen Bundesamtes, die hier zu Worte kommen, zeigen sich zwar solchen neuen Aufgaben gegenüber aufgeschlossen, aber doch recht zurückhaltend angesichts der grossen Schwierigkeiten die es bei der Schaffung neuer gesellschaftlicher Statistiken zu überwinden gilt. Dabei handelt es sich nicht nur um die Beschränktheit der personellen und finanziellen Mittel, sondern ebenso sehr um die ungelöste wissenschaftliche Problematik bei der Konstruktion nichtökonomischer Indikatoren. Es fehlt sowohl eine gemeinsame Masseinheit wie auch ein theoretisch fundiertes Gesamtkonzept. Im Gegensatz zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die sich auf die moderne Kreislauftheorie und monetäre Masszahlen abstützt, erschwert das Problem der Messbarkeit und der Vergleichbarkeit die angestrebte umfassende Abbildung der Gesellschaft. Man versteht daher die vorsichtige Feststellung des ESTA-Direktors *Jean Jacques Senglet*, «– dass die quantitative und kontinuierliche Erfassung und Darstellung gesellschaftlicher Phänomene die Frucht eines sehr langwierigen und geduldigen Such-, Denk- und Lernprozesses darstellen wird» (S. 230.)

Dennoch, die Zukunft hat auch hier bereits begonnen. Der vorliegende Band bietet trotz unvermeidlicher Repetitionen eine gute Übersicht über den gegenwärtigen Stand der Sozialindikatorenforschung. Besondere Erwähnung verdient die ausgezeichnete Bibliographie.

Kurt B. Mayer, Ascona

Gutersohn, Alfred

Das Gewerbe in der freien Marktwirtschaft. Band I: Das Wesen des Gewerbes und die Eigenart seiner Leistungen. 2. überarbeitete Auflage. (Schriftenreihe des Schweizerischen Instituts für Gewerbliche Wirtschaft an der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Bd. 3.) Berlin/München/St. Gallen 1977. Verlag Duncker & Humblot. XX, 388 S. DM 68.–.

Mit der 2., überarbeiteten Auflage des im Jahre 1954 erstmals erschienenen Bandes I über «Das Gewerbe in der freien Marktwirtschaft» legt der Schweizer Nationalökonom Alfred Gutersohn unmissverständlich klar, dass er sein inzwischen auf 3 Bände angewachsenes

Werk konsequent nach der gleichen Konzeption aufgebaut und durchgeführt hat, die er bereits in der 1. Auflage dieses Buches und in seinen sonstigen zahlreichen Publikationen vertreten hat. Diese Konzeption ist darauf ausgerichtet, die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften auf ein lange vernachlässigtes Forschungsgebiet, die ökonomischen Aktivitäten im «Gewerbe», aufmerksam zu machen. Darüber hinaus will er allen Akteuren der praktischen Wirtschafts- und Sozialpolitik Hinweise auf die Probleme des Gewerbes und Empfehlungen zu ihrer Beseitigung erteilen. Damit verfolgt der Verfasser zweifellos ein ehrgeiziges Programm, das er wohl nur angehen kann, weil ihm langjährige Erfahrungen als akademischer Lehrer und Forscher sowie als praktischer Wirtschaftspolitiker zur Verfügung stehen. Seine Tätigkeit als Direktor des Schweizerischen Instituts für Gewerbliche Wirtschaft an der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie die von diesem Institut unter seiner Leitung regelmässig durchgeführten internationalen Symposien («Rencontres de St-Gall»), die Untersuchungen zur Grundlagenforschung in der gewerblichen Wirtschaft und die vielfältigen Tätigkeiten in zahlreichen Gremien und Ausschüssen der schweizerischen Wirtschaftspolitik sowie eine jahrzehntelange praktische Mitarbeit im Schweizerischen Spitzenverband des Gewerbes haben Gutersonn eine reiche Kenntnis der empirischen Fakten und institutionellen Zusammenhänge in der gewerblichen Wirtschaft eingetragen. Dies ist bei der Lektüre auch der 2., überarbeiteten Auflage des Bandes I spürbar. Der Verfasser stellt diesem Buch im Rahmen des gesamten Werkes über «Das Gewerbe in der freien Marktwirtschaft» die Aufgabe, das Wesen des Gewerbes und die Eigenart seiner Leistungen darzustellen und zu begründen. Die Neuauflage soll dazu dienen, die in der 1. Auflage aufgestellten Thesen an den heutigen Sachverhalten zu messen und die einschlägigen Zukunftsaussichten abzuschätzen. Gutersonn ist überzeugt, dass die gegen seine Konzeption und seine Thesen geäusserten Einwände grösstenteils auf Missverständnissen beruhen, die ausgeräumt werden können. Daher bemüht er sich um «... die noch schärfere und profiliertere Ergründung der gewerblichen Wirtschaft» (Vorwort zur 2. Auflage). Zugleich fügt der Verfasser neuere Beispiele ein, die zur Verifikation seiner Thesen und zur Vertiefung der Kenntnisse über das Gewerbe beitragen sollen. Dabei steht die volkswirtschaftliche Darstellung und Beurteilung des Gewerbes im Vordergrund, ohne jedoch zu vernachlässigen, dass das Gewerbe zugleich in allgemein soziale bzw. soziologisch relevante Zusammenhänge eingebettet ist.

Der Aufbau des Buches ist an der zentralen Frage nach dem Wesen des Gewerbes und den Eigenarten seiner Leistungen ausgerichtet. Gutersonn sucht einen theoretisch und empirisch gehaltvollen Begriff des Gewerbes, der zugleich als Bezugspunkt für die Gewerbepolitik herangezogen werden kann. Im Hinblick auf diese Aufgabenstellung ragen unter den einzelnen Abschnitten des Buches die folgenden hervor:

Der erste, sehr umfangreiche Abschnitt behandelt «Die bisherige Entwicklung der Betriebs- und Unternehmungsstrukturen und deren Beurteilung». Darin greift Gutersonn auf wirtschaftshistorische Daten bis zum Jahre 1815 zurück und versucht, die Entwicklung des Handwerks, des Kleinhandels und der kleineren Dienstleistungsbetriebe in den westeuropäischen Ländern darzustellen. Da die statistischen Daten jedoch zu unterschiedlichen Zeitpunkten erhoben und nach unterschiedlichen Merkmalen gegliedert wurden, bleibt das Bild uneinheitlich und nicht leicht durchschaubar. Wichtig erscheint Gutersonn indessen die Feststellung, dass auch in den «modernen» Volkswirtschaften zahlreiche kleine Einheiten fortbestehen und viele neue sich zu entfalten vermögen. Zwar sei ein Um-sich-Greifen der grösseren und grossen feststellbar, doch könne eine allgemeine Verdrängung der kleineren Betriebe und Unternehmen oder deren durchgängige Herabdrückung zu «Kümmerexistenzen» nicht beobachtet werden. «Es geschieht lediglich das eine, dass die Lebens- und Verbrauchsgewohnheiten sich ändern und es im Verein mit den technischen Errungenschaften, vielleicht auch mit ordnungspolitischen Bedingtheiten, zu beträchtlichen Verschiebungen

der Voraussetzungen für die jeweils günstigsten Produktionsfaktorkombinationen kommen kann» (S. 38). Dem damit sich abzeichnenden Nebeneinander verschiedener Betriebsformen und Betriebsgrößen in der gewerblichen Wirtschaft geht Gutersohn in den folgenden Abschnitten seines Buches weiter nach. Dabei weckt und lenkt er die Neugier des Lesers geschickt auf die nach seiner Auffassung massgeblichen «Schubkräfte im Spiel» (S. 60). Mehr und mehr wird der Blick auf das nach Gutersohns Auffassung gesamtwirtschaftlich ausschlaggebende gerichtet: «Die für die Käufer und Auftraggeber zu erbringenden Leistungen und den Nutzen für die allgemeine Wohlfahrt» (S. 61).

Gutersohn geht ferner der Frage nach, woher die Lebensfähigkeit zahlreicher kleiner Betriebe und Unternehmungen rührt. Er wertet zahlreiche wirtschaftswissenschaftliche Untersuchungen aus und sieht sich in der Vermutung bestätigt, dass die Kleinbetriebe und -unternehmen in der modernen Wirtschaft nicht durchweg verdrängt werden, sondern dass neben sie begünstigenden irrationalen und ausserwirtschaftlichen Impulsen vielfältige wirtschaftliche Kräfte auf den Fortbestand zahlreicher kleiner Wirtschaftseinheiten hinwirken. Damit wird der Konzentrationstheorie und der Verdrängungstheorie eine klare Absage erteilt. Zugleich tritt Gutersohn dafür ein, das Modell des «vollkommenen Wettbewerbs» bei dem Versuch einer spezifischen wirtschaftlichen Deutung der Klein- und kleineren Mittelbetriebe heranzuziehen. Denn dieses Modell lässt 3 Wege erkennen, auf denen sich die kleinen und mittleren Betriebe im Wettbewerb mit den grossen Betrieben auszeichnen können:

1. durch den Qualitätswettbewerb,
2. durch die Preiskonkurrenz und
3. durch den Suggestionswettbewerb (Werbe- oder Reklamekonkurrenz) (S. 104). Hier ist wohl die Begründung für den Titel des Buches zu sehen, und es ist auch erkennbar, wie Gutersohn sein unerschütterliches Festhalten an dem Begriff «freie Marktwirtschaft» verstanden wissen will. Indem er die Entfaltung des Gewerbes im Modell der vollkommenen Konkurrenz analysiert, gewinnt er eine «tertium comparationis» für seine späteren wirtschaftspolitischen Aussagen. Allerdings ist die Frage zu stellen, ob er die «Imperfektionen» des tatsächlichen Wirtschaftsprozesses hinreichend berücksichtigen und gewichten kann, etwa indem er ergänzend bemerkt, dass die Wirtschaftspraxis dem Einsatz der Finanzkraft und der Auswertung gesellschaftlicher Beziehungen nichtwirtschaftlichen Ursprungs Eigenbedeutung beimisst.

Neuere Untersuchungen der Kapitalkonzentration und der Kapitalverflechtung legen immerhin die Vermutung nahe, dass das Vorhandensein einer grossen Zahl kleiner und mittlerer Betriebe nicht schon auf die wirtschaftliche Eigenständigkeit und Lebensfähigkeit dieser Betriebe hinweist, im Gegenteil.

Die weiteren Abschnitte des Buches führen zu dem zentralen Abschnitt über den Sammelbegriff «Gewerbe» und das Gesamtbild der Entwicklungsaussichten der «gewerblichen Betriebsformen» hin (S. 211 ff.). «Wir schälen die Ausrichtung auf differenzierte Einzelleistungen als dem Handwerk, dem Kleinhandel und den kleineren Bedienungsbetrieben gemeinsamen Rückhalt, d. h. innere Verwandtschaft heraus, die sie markant von anderen Formen unterscheidet» (S. 211). Dies also ist der Kern: Die Erbringung differenzierter Leistungen als Gegenstück zur vereinheitlichten Serienerzeugung und zur Massenvermittlung von Waren und Diensten und mithin als arteigener Beitrag dieser Wirtschaftseinheiten zur volkswirtschaftlichen Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen.

An der zunächst als Modell verstandenen Vorstellung bringt Gutersohn im weiteren Verlauf seines Buches zahlreiche Berichtigungen an. Somit hofft er zu einem realistischen Gesamtbild zu gelangen. Aber auch hierbei stellt sich die Frage, ob die berücksichtigten Unzulänglichkeiten (Imperfektionen) ausreichen, um die Bestimmungsgründe für die Stellung und Funktion der in den Klein- und Mittelbetrieben tätigen Menschen in den gegenwärtigen Systemen von Wirtschaft und Gesellschaft darstellen und begründen zu können.

Ähnliche Zweifel drängen sich bei der Lektüre der weiteren Abschnitte des Buches auf. Sie behandeln die Qualität der gewerblichen Leistungen, die Aussichten auf die Weiterentwicklung der Nachfragestrukturen, das Verhältnis der Begriffe Mittelstand und Gewerbe, die Ausbildung für die Betätigung im Gewerbe, die selbständige Erwerbstätigkeit und das Unternehmertum im Gewerbe, das Arbeitsverhältnis im Gewerbe und das gewerbliche Schaffen aus innerer Berufung. Dabei setzt sich Gutersohn in der ihm eigenen Diktion und Argumentation mit zahlreichen Untersuchungen der vergangenen Jahre auseinander. Er hebt stets die Bedeutung der Bereitstellung differenzierter Einzelleistungen durch die Klein- und kleinen Mittelbetriebe als wesentliche Bedingung für die gegenwärtige und künftige Lebensfähigkeit dieser Wirtschaftseinheiten heraus. Viele Probleme werden angesprochen, jedoch nicht immer hinreichend anhand neuerer Untersuchungen diskutiert, z. B. die Probleme der Mitbestimmung und der sozialen Sicherheit im Gewerbe, die Interpretation der Arbeitsverhältnisse in den gewerblichen Betrieben und die Bestimmungsgründe des Einflusses der Verbände auf die staatliche Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Die Beschreibung der Ist-Zustände treten zuweilen unvermittelt neben normative Aussagen etwa über die wünschbare Tüchtigkeit des Betriebsinhabers und die Überschaubarkeit der Lebens- und Arbeitsverhältnisse in den gewerblichen Betrieben.

Leider weist das Buch am Schluss weder ein Personen- noch ein Sachregister auf. Auch ein Literaturverzeichnis hat der Autor nicht beigelegt. Dies ist um so bedauerlicher, als die Fußnoten im Text zum Teil nur den Namen des Autors und eine Seitenzahl aufweisen, so dass der Leser Mühe hat, die benutzte Quelle zu identifizieren.

Ferner ist anzumerken, dass die theoretische Basis des Buches weiterhin Einwänden ausgesetzt bleiben wird, denn die neuere ökonomische Theorie der Politik hat auf der Grundlage der Arbeiten von *A. Downs* und *M. Olson jr.* zu Ergebnissen geführt, die dringend der Rezeption in der Gewerbeforschung bedürfen. Ebenso erscheint es notwendig, die neuere Entwicklung der Arbeitsmarkttheorie und der Input-Output-Analyse bei der theoretischen Abgrenzung und inhaltlichen Ausgestaltung des Gewerbebegriffs zu berücksichtigen.

Diese Hinweise sollen Gutersohns Verdienst um die Gewerbeforschung in keiner Weise schmälern. Der Verfasser hat mit der überarbeiteten Neuauflage seines Buches – wie schon in seinen früheren Publikationen – wertvolle Impulse für die weitere Forschungs- und Lehrtätigkeit auf einem Gebiet gegeben, das lange Zeit im Windschatten der modernen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften gestanden hat. Dies sollte Anlass genug für eine ernsthafte Auseinandersetzung und Würdigung mit dem Inhalt des Buches sein.

K.-H. Schmidt, Paderborn

Pokropp, Fritz

Einführung in die Statistik. Göttingen 1977. Vandenhoeck & Ruprecht. 315 S. DM 30.–.

Bortz, Jürgen

Lehrbuch der Statistik. Für Sozialwissenschaftler. Berlin, Heidelberg, New York 1977. Springer-Verlag. XI, 871 S. DM 58.–.

Die beiden fast unter demselben Titel präsentierten Bücher von Pokropp und Bortz sehen als Leserkreis besonders die Sozialwissenschaftler. Pokropp gliedert seine Einführung in: Beschreibende Statistik, Wahrscheinlichkeitstheorie und Theoretische Statistik, während Bortz dieselben Inhalte in einem ersten Teil: Elementarstatistik, abhandelt, gefolgt von einem 2. Teil: Varianzanalytische Methoden, und einem 3. Teil: Multivariate Methoden. Pokropp gibt in knapper, aber präziser Form eine Einführung in die theoretische Statistik.

Einfache Aussagen werden durchwegs bewiesen, schwierigere Sätze werden ohne Beweis (z. B. Unabhängigkeit von empirischem Mittelwert und Varianz) gegeben oder in Definitionen versteckt (z. B. Chi-Quadratverteilung). Demgegenüber zählt Bortz eine grosse Anzahl von Aussagen und Eigenschaften auf, die aber häufig unpräzise, zum Teil sogar fehlerhaft sind. Lassen wir die Autoren etwas über das so wichtige Regressionsproblem sprechen. Bortz sieht das Problem nur unter der Voraussetzung, dass die unabhängige Variable selbst eine Zufallsvariable ist, während Pokropp frei wählbare Werte der unabhängigen Variablen zulässt. Das Summenquadrat S für die Bestimmung der Parameter a (Nullpunktsordinate) und b (Regressionskoeffizient) differenziert Bortz partiell nach a und b und setzt die beiden ersten Ableitungen Null. Seine Schätzwerte bezeichnet er ebenfalls mit a und b , während Pokropp richtig S als Funktion der Koeffizienten A und B einer beliebigen Geraden auffasst und durch Minimieren die Normalgleichungen für die Schätzwerte a und b findet. Dass S an dieser Stelle tatsächlich ein Minimum besitzt, ist abhängig von allen partiellen Ableitungen zweiter Ordnung.

Pokropp gibt das zugehörige Kriterium nicht, und Bortz erwähnt eine falsche Bedingung. Beide Autoren demonstrieren die numerischen Ansätze anhand fiktiver Zahlenbeispiele und nicht an Problemen der Wirklichkeit. Bortz «will systematisch aufbauend mit Anwendungsbeispielen, verständlicher Formelentwicklung und Übungsaufgaben auch den mathematisch wenig geschulten Leser an komplizierte Verfahren heranführen». Im Vorwort zu Pokropp lesen wir: «Erfahrungen in der Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg zeigten, dass eine ‚Methodenlehre‘, die auf Beweise verzichtet, den Studenten grosse Schwierigkeiten des Verstehens und der Anwendung machte. Der Entschluss, die mathematischen Anforderungen zu erhöhen und so bessere Verstehensmöglichkeiten zu schaffen, musste zwar gegen manchen anfänglichen Widerstand durchgesetzt werden, weil viele Studenten der Wirtschaftswissenschaften nicht hinreichend mathematisch motiviert sind. Da es sich aber zeigt, dass sehr limitierte mathematische Vorkenntnisse genügen, um einer mathematisch formulierten Methodenlehre zu folgen, konnten diese Widerstände überwunden werden.»

Das Literaturverzeichnis von Bortz enthält 400–500 Titel, das von Pokropp 4. Beide Autoren geben Zahlentafeln wichtiger theoretischer Verteilungen in einem Anhang.

Das Lehrbuch von Bortz als Methodenlehre der Statistik verstanden, kann seiner Ungenauigkeiten wegen weniger empfohlen werden als das Lehrbuch von Pokropp als Einführung in die theoretische Statistik. Pokropp schliesst m. E. eine echte Marktlücke in der zahllosen Menge von Statistikbüchern, obschon ich kaum die Meinung teile, dass alle Studenten diese Inhalte als Pflichtvorlesung in den ersten Semestern hören sollten. Vielmehr wäre gerade eine Motivation auch von praktischen Beispielen ausgehend wünschenswert. Es sei noch hervorgehoben, dass Pokropp eine sehr gute Einführung in die Indextheorie gibt.

Hans Riedwyl, Bern

Formeln und Tafeln

Mathematik – Statistik – Physik. Zürich 1977. 232 S. Fr. 16.–.

Die Tafeln, herausgegeben vom Verein Schweizerischer Mathematik- und Physiklehrer, sind ein Unterrichtswerk der Deutschschweizerischen Mathematischeskommission und der Deutschschweizerischen Physikkommission und können als möglichen Ersatz für die in vielen Auflagen erschienenen fünfstelligen Logarithmen- und Zahlentafeln betrachtet werden. Sicher ist mit der technologischen Revolution der Rechenhilfsmittel Computer, Tisch- und Taschenrechner eine Logarithmentafel oder ein Rechenschieber überflüssig geworden. Die

Formeln und Tafeln sind zunächst für den Gebrauch an Gymnasien und Ingenieurschulen gedacht. Sie wenden sich ferner an Studierende der Hochschulen und stellen den Wirtschaftswissenschaftlern ein gewisses Rüstzeug aus Mathematik, Statistik und Physik zur Verfügung. Das Kapitel der Statistik und Wahrscheinlichkeitsrechnung fasst die wichtigsten Begriffe der beschreibenden Statistik, der Wahrscheinlichkeitsrechnung, der beurteilenden Statistik und der Messfehler zusammen und in Rezeptform folgen statistische Prüf- und Schätzverfahren. In den Zahlentafeln findet man neben elementaren Funktionen wichtige Konstanten aus Kombinatorik, Statistik und Wahrscheinlichkeitsrechnung. Daneben einige Tafeln der Lebensversicherung und Finanzmathematik. Besonders die statistischen Formeln und Tafeln können einem Sozialwissenschaftler ein willkommenes Hilfsmittel darstellen.

Hans Riedwyl, Bern

Linder, Arthur und Berchtold, Willi

Statistische Auswertung von Prozentzahlen. (Uni-Taschenbücher, Bd. 522.) Basel und Stuttgart 1976. Birkhäuser Verlag. 232 S. Fr. 18.60.

Das rund 230 Seiten umfassende Taschenbuch trägt den Untertitel «Probit- und Logitanalyse mit EDV». Die statistische Auswertung von Prozentzahlen oder Anteilen hat bis anhin, besonders in der deutschsprachigen Literatur, wenig Beachtung gefunden. Die neue Publikation wird damit eine seit langem bestehende Lücke ausfüllen. Die beiden Autoren bürgen für eine praxisnahe Abhandlung der Materie, kann doch insbesondere Prof. A. Linder auf eine jahrzehntelange und erfolgreiche statistische Tätigkeit im Dienste der Naturwissenschaften zurückblicken.

Das erste, einführende Kapitel behandelt wichtige Transformationen, die es gestatten, vorliegende Anteilswerte den klassischen Test- und Schätzverfahren zugänglich zu machen. U. a. seien erwähnt: Winkel- oder Arc-Sinustransformationen, Probit- und Logittransformation sowie die Loglog-Transformation. Im 2. und 3. Kapitel wird die einfache lineare Regression, basierend auf Anteilswerten, dargestellt. Neben rein theoretischen Ausführungen finden sich zahlreiche Beispiele aus der Biologie, Medizin, Toxikologie und Technik. Der praxisbezogene Leser wird diese Illustrationen sehr zu schätzen wissen. Das 4. Kapitel ist dem allgemeinen linearen Regressionsmodell in matrizieller Darstellung und mit Einbezug computertechnischer Aspekte gewidmet. Die Ein- und Mehrwegklassifikation (auch Varianzanalyse genannt) kommt abschliessend zur Sprache. Sie untersucht die Einflüsse eines oder mehrerer Faktoren auf Versuchsergebnisse. Das vorliegende klar konzipierte Werk richtet sich vor allem an den praktisch tätigen Statistiker, der oft mit der Analyse von Prozentzahlen beschäftigt ist. Eine gewisse Vertrautheit mit den klassischen Methoden der Regressionsrechnung dürfte hierbei von Nutzen sein.

Hans Loeffel, St. Gallen